Badens Erwerbungen in den Koalitionskri... (1795 bis ...

Wolfgang Windelband

Mit Genehmigung der Fakultät enthalten die Dissertationsexemplare nur die ersten drei Kapitel

Die vollständige Arbeit erscheint unter dem Titel „Der Anfall des Breisgaus an Baden“ im Verlage von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen

Vorwort.

Der Zweck der vorliegenden Arbeit ist, ein eingehendes Bild zu geben von den Bestrebungen der badischen Staatsmänner, den Breisgau und damit die wichtigste Abrundung im Süden Badens, zu gewinnen. Seit dem ersten Augenblick, in welchem sich die Aussicht dazu bot, seit der Anknüpfung von Separatverhandlungen mit Frankreich im Jahre 1795, setzen diese Pläne ein, halten dann die Jahre der Koalitionskriege hindurch an, um schliesslich im Pressburger Frieden ihre Erfüllung zu finden. Keineswegs soll eine vollständige Geschichte der auswärtigen Politik Badens in diesem Jahrzehnt geliefert werden; die diplomatischen Verhandlungen, welche sich auf die Erweiterung des badischen Gebiets bezogen, bilden den Hauptgegenstand der Abhandlung. Der zweite Teil der Arbeit will dann die für die damaligen süddeutschen Verhältnisse charakteristischen Schwierigkeiten schildern, die sich Baden bei der Besitznahme des Breisgaus in den Weg stellten. Den Schluss wird die Darstellung der Verträge bilden, welche den Besitz des Landes für das Grossherzogtum sicherten und die Einzelprobleme, die immer bei Übergang eines Landes an einen neuen Herrn entstehen, losten.

Die Hauptquelle der Arbeit bildet die Publikation Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Ba-

den, 1783—1806, bearbeitet von B Erdmannsdorffer und K Obser Heidelberg, 1892—1901, Band 2—5[1]

Die Einleitungen, welche die Herausgeber den einzelnen Abschnitten vorausgeschickt haben, geben schon eine Verarbeitung der wichtigsten der publizierten Aktenstücke und so ein kurzes Bild der badischen Politik. Es galt nun, dies mehr in das Einzelne auszuführen, an manchen Punkten vielleicht die Auffassung umzugestalten, die politischen Vorgänge von anderer Seite her zu beleuchten, aber die Hauptarbeit war hier schon getan

Von derselben Bedeutung wie für die Bearbeitung der damaligen Politik der Grossmächte ist für das Verständnis der Haltung Badens die Correspondance de Napoleon I Für unseren Zeitraum kommen von diesem Werk die Bände VI bis XII in Betracht.

Im übrigen muss ich für die Quellen auf die Anmerkungen unter dem Texte verweisen, erwähnt seien hier nur noch die wichtigsten zusammenfassenden Darstellungen

Thiers, Histoire du Consulat et de l'Empire Brüssel 1845
L Hausser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Grossen bis zur Gründung des deutschen Bundes 4 Aufl Berlin 1869.
Sorel, l'Europe et la Révolution française Paris 1885—1905
Fournier, Napoleon I 2 Aufl Wien und Leipzig 1904/05

Für den ersten Teil der Arbeit, für die politische und diplomatische Geschichte, war es nur in der Hauptsache nicht möglich, neues Material zu benutzen. Der zweite Teil dagegen beruht fast ausschliesslich auf Aktenstudien, die ich in dem Karlsruher Haus- und Staats-, dem dortigen Generallandes-, dem Wiener Haus-, Hof- und Staats- und dem Freiburger Universitäts-Archiv unternahm. Den Herren Direktoren dieser Archive, ganz besonders aber Herrn Geheimen Archivrat Obser, dem ich auch persönlich neben der ersten Anregung zu dieser Arbeit manchen wichtigen Rat und Beistand verdanke, bin ich für ihr ausserordentlich liebenswürdiges Entge-

[1] Im Folgenden stets abgekürzt P. C. Die Zahlen bedeuten die Nummern der Aktenstücke, nicht die Seiten

genkommen zu tiefstem Danke verpflichtet. Auch dem Grossherzoglich Badischen Ministerium muss ich noch an dieser Stelle für die gütige Erlaubnis danken, die mir die Benutzung der umfangreichen Akten des Karlsruher Haus- und Staats-Archivs möglich machte.

Im Einzelnen habe ich folgende Akten benutzt:

Aus dem Karlsruher Haus- und Staats-Archiv:

Staatserwerb Oesterreich, Fasz. 4—40.
Staatserwerb Württemberg, Fasz. 16—18 und Fasz. 25.
Staatserwerb Generalia, Fasz. 37. Besitzergreifung von den Klöstern in Ortenau und Breisgau.
Fasz.: Korrespondenz von Draïs.

Aus dem Karlsruher Generallandes-Archiv:

Staatserwerb, Fasz. 816.
Landeshoheit, Fasz. 1598.
Landschaftssache, Fasz. 1594.

Aus dem Wiener Haus-, Hof- und Staats-Archiv:

Die Berichte Philipp Cobenzl's aus Paris 1801, 1802 und 1805.
Die Berichte Schall's 1805 und 1806.
Die Berichte Fahnenberg's 1806.
Die Berichte Steinherr's 1806 und 1807.
Berichte und Vorträge des Freiherrn von Sumeraw an den Kaiser 1797—1803.
Modena varia, Fasz. Abtretung des Breisgaus und der Ortenau an Modena 1800—1803.

Aus dem Freiburger Universitäts-Archiv:

Senats-Protokolle, 1802—1807.

Kapitel 1.

Frankreich und Baden im ersten Koalitionskriege[1]).

Im Jahre 1771 fand die Wiedervereinigung der beiden alten badischen Stammlande Baden-Durlach und Baden-Baden unter einem Herrscher, dem damals 43jährigen Markgrafen Karl Friedrich statt. Damit war zwar keine sehr bedeutende, doch immerhin eine recht ansehnliche Macht geschaffen, die aber den grossen Fehler hatte, keine kompakte Ländermasse zu bilden. Die Grafschaft Hochberg, die Herrschaften Rötteln und Badenweiler, die Landgrafschaft Sausenheim, ferner jenseits des Rheins die Grafschaft Sponheim und einige Herrschaften in Luxemburg und im Elsass waren von dem Kern des Landes räumlich getrennt. Das Streben nach Vergrösserung und zwar speziell durch die seine rechtsrheinischen Besitzungen trennenden Lande musste daher ein Hauptziel der äusseren Politik Badens sein.

Die ersten Jahre der Wiedervereinigung waren dem inneren Ausbau gewidmet. Nur wenig tritt Karl Friedrich in dieser Zeit auf die Bühne der Reichspolitik. Die Beteiligung am Fürstenbund Friedrichs des Grossen ist beinahe die einzige wichtige Betätigung nach aussen hin, während im Innern seine Reformen den Grundstock für den modernen Staat Baden legten. Durch seine grosse Tat auf sozialem Gebiete, durch die Aufhebung der Leibeigenschaft, wurde Karl Friedrichs Name weit über die engen Grenzen seines Landes hinaus bekannt. Hatte er hierdurch und durch andere Reformen die soziale Lage seiner Untertanen gebessert, so sorgte er auch

1) Vreede. La Souabe après la paix de Bâle, Utrecht 1879. — Lenz. Preussische Jahrbücher, Bd. 70, S. 671 ff.

für das Wachstum ihres Wohlstandes durch umfassende Massnahmen für Landwirtschaft, für Industrie, für Handel und Gewerbe.

Mit dem Reichtum der Bevölkerung stieg natürlich auch der Reichtum des Staates, die badischen Finanzen befanden sich in glänzendem Zustande, so ist es Karl Friedrichs weiser Verwaltung zu verdanken, wenn der schwache Staat ohne dauernden Schaden die enormen Anforderungen ertragen konnte, die die Revolutionskriege an ihn stellten. In gleichem Masse wie die wirtschaftliche förderte Karl Friedrich durch seine Schulreformen die geistige Entwicklung seines Volkes. Seine Tochter und Enkelinnen vermählte er mit Gliedern fremder Dynastien, sich dadurch freundschaftliche Beziehungen sichernd; so heiratete Alexander, der Thronfolger von Russland, Elisabeth, die Tochter des badischen Erbprinzen, eine Verbindung, die sich gemäss den Hoffnungen Karl Friedrichs in der Folgezeit als ausserordentlich wichtig für Baden erwies. Es ist also für einen Kleinstaat, wenn er gewillt ist, sich jedes höheren politischen Ehrgeizes zu begeben, ein fast ideal zu nennender Zustand, ungestört von fremden Eingriffen unter einem von der ganzen Bevölkerung aufs höchste geehrten und geliebten Fürsten ganz seinem eigenen Ausbau leben zu können. Hier ist nicht der Ort, die oft geschilderten Herrschertugenden Karl Friedrichs noch einmal aufzuzählen [1]), jedenfalls trug die vortreffliche Art, in der er sein Land regierte, und die Geschicklichkeit, mit welcher er und sein

---

1) Nebenius, Karl Friedrich, hrsg. v. F. v. Weech. Karlsruhe 1868. — Kleinschmidt, Karl Friedrich. Heidelberg 1878. — Drais, Gemälde aus dem Leben Karl Friedrichs. Mannheim 1829. — Drais, Geschichte der Regierung und Bildung von Baden unter Karl Friedrich. Karlsruhe 1816—1818. — Schreiber, Lebensbeschreibung Karl Friedrichs, Heidelberg 1811. — Perthes, Politische Zustände und Personen in Deutschland z. Zt. d. franz. Herrschaft. Gotha 1861 bis 62. — v. Weech, Badische Geschichte. Karlsruhe 1896. — v. Weech, Baden unter den Grossherzogen Karl Friedrich, Karl, Ludwig. Freiburg 1863. — Häusser, Ueber die Regierung Karl Friedrichs von Baden. Heidelberg 1864. — Heuerath, Die kirchengeschichtliche Stellung Karl Friedrichs. Heidelberg 1882. — Roller, Zur Charakteristik Karl Friedrichs (Festschrift des Generallandesarchivs 1902).

Minister Wilhelm von Edelsheim das Verhältnis zu den Nachbarn und zu den übrigen Staaten stets gut zu gestalten wussten, viel dazu bei, dass dem kleinen Lande von der französischen Regierung, als diese allmächtig geworden war, trotz aller fremden Einflüsterungen nicht nur kein Verlust zugefügt, sondern sein territorialer Besitz ausserordentlich vergrössert wurde.

Denn nach 20 Jahren des Friedens wurde Baden und mit ihm ganz Europa jäh aufgeschreckt durch die Stürme der Revolution. Durch die Beschlüsse der Nationalversammlung wurden die elsässischen Besitzungen des Markgrafen betroffen. Nach Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und den verbündeten Oesterreich und Preussen schloss Baden eine Konvention mit diesen ab, um sich vor einem infolge der geographischen Lage nicht zu vermeidenden französischen Angriff zu sichern. In den ersten Kriegsjahren behüteten auch die österreichischen Truppen die badische Rheingrenze vor einem Uebergang der französischen Heere. Durch die Erklärung des Reichskriegs wurde Baden auch selbst verpflichtet, am Kriege teilzunehmen; seine Leistungen hierbei waren verhältnismässig recht bedeutend; ausser den regulären Truppen wurde eine Landmiliz aufgestellt, ein badisches Bataillon kämpfte in englischem Solde in Belgien. Doch durch den Baseler Frieden, durch den Preussen aus dem Kriege ausschied, wurde eine vollständige Veränderung der Situation herbeigeführt. Ein baldiges Ende des Kriegs wurde seitdem immer mehr der dringendste Wunsch der kleinen Fürsten, durch die Siege der Franzosen und die dadurch bedingte Verschlimmerung der Lage der an den Rhein grenzenden Staaten wurden sie darin natürlich nur noch bestärkt. Die linksrheinischen Besitzungen gingen definitiv verloren, der Schutz der österreichischen Waffen schien nicht mehr genügend, so kam es, dass auch im badischen Staatsrat Stimmen laut wurden, die auf Abschluss eines Separatfriedens mit Frankreich drängten. Da infolge des ablehnenden Verhaltens des Kaisers auch die Einsetzung einer Reichsfriedensdeputation wirkungslos blieb, wandte man sich an Preussen mit der Bitte um Fürsprache beim Direktorium zur Rückgewinnung des Territorialverlustes, aber Barthélémy, der französische Bevollmächtigte in Basel, antwortete Hardenberg auf dessen Verwendung, laut Art. XI des Baseler Frie-

dens sei Frankreich nur verpflichtet, sich derjenigen von Preussen empfohlenen Staaten anzunehmen, die in direkte Verhandlungen mit dem Direktorium träten[1]) Hardenberg riet infolgedessen dringend zu Separatverhandlungen Ein von Hessen-Kassel und Baden ausgehender Versuch, die deutschen Kleinstaaten zum Schutze des Reichs zu vereinen, war gescheitert Dabei verschlimmerte sich die Lage von Tag zu Tag Hessen Kassel hatte bereits mit Frankreich den Frieden abgeschlossen, Darmstadt und Württemberg hatten Verhandlungen eröffnet, so war das Ergebnis und es konnte, wollte man nicht das Dasein des Staats aufs Spiel setzen, gar nicht anders sein, dass der Geheime Rat in Uebereinstimmung mit dem leitenden Minister Georg Ludwig von Edelsheim, dem Bruder des 1793 verstorbenen Wilhelm, am 30 September 1795 beschloss, dem Markgrafen den Eintritt in Separatverhandlungen anzuraten[2]), am 5. Oktober gab auch Karl Friedrich obgleich widerstrebend, seine Einwilligung dazu Als Bevollmächtigter wurde auf Antrag des Geheimen Rates der Landvogt von Rötteln Sigismund Karl Johann von Reitzenstein in Aussicht genommen Es war ein Wagnis, einen noch ziemlich jungen (Reitzenstein war 1760 geboren) und diplomatisch unerfahrenen Mann mit dieser schwierigen Aufgabe, von deren geschickter Losung die Existenz Badens abhing, zu betrauen. Aber es erwies sich, dass man den geeigneten Mann, den man zur Verfügung hatte, mit scharfem Blick getroffen hatte. Reitzenstein verstand es in der Folgezeit, Badens materielles Interesse, soweit es überhaupt moglich war, gegen die Uebermacht Frankreichs aufs erfolgreichste zu vertreten Erleichtert wurde ihm dies allerdings durch die Rücksicht, die man in Paris auf seinen Herrn nahm Karl Friedrich musste den Männern der Revolution schon dadurch sympathisch sein, dass er ganz aus freien Stücken in seinem Lande moderne Reformen eingeführt hatte, fortschrittliche Ansichten duldete, ja ihnen selbst huldigte Aus der Korrespondenz vieler französischer Staatsmänner sehen wir, in wie gutem Rufe er bei ihnen stand.

1) P. C Bd. II, 301, Barthélémy an den preussischen Geschaftsträger Harnier 27 Juni 1795

2) P. C II, 416

Schon bevor man in offizielle Verhandlungen eingetreten war, hatte Reitzenstein von Lorrach aus Beziehungen zu Barthélemy in Basel angeknüpft, jetzt traf er mehrmals durch Hardenbergs Vermittlung mit ihm zusammen[1]). Da erfolgte ein Umschwung durch Clerfaits Siege. Die Verhandlungen wurden wieder abgebrochen, man glaubte aufatmen zu dürfen. Doch die neuen Siege der Franzosen im Frühjahr 1796 vernichteten diese Hoffnung. Die Lage war schlimmer als je, denn der französischen Armee unter Moreau war es gelungen, den Rhein bei Kehl zu überschreiten, ganz Baden war von ihr okkupiert, der Markgraf hatte sein Land verlassen müssen, um nicht in ihre Hand zu fallen. Wieder wurde Reitzenstein bevollmächtigt[2]), er ging sofort in Moreaus Hauptquartier, wo er mit riesigen Forderungen für die Bewilligung eines Waffenstillstandes empfangen wurde: das badische Kontingent soll sofort von der Kaiserlichen Armee abziehen, Frankreichs Truppen bekommen für immer freien Durchmarsch durch Baden, dem durch den Aufenthalt der österreichischen Heere, seine eigenen Leistungen und jetzt durch die französische Okkupation sehr geschwächten Lande werden grosse Geld- und Naturallieferungen auferlegt[3]). Naturlich protestierte Reitzenstein sofort gegen die Höhe dieser Forderungen, Moreau bewilligte auch ziemlich bedeutenden Nachlass, so wurde am 25. Juli der Waffenstillstand abgeschlossen. Sein 9. Artikel besagte, dass Baden einen Gesandten nach Paris senden werde, um über den definitiven Frieden zu verhandeln. Am 26. Juli trat der Geheime Rat zusammen, um über die Instruktion für Reitzenstein bei seinen Verhandlungen in Paris schlüssig zu werden. In seinem Memoire an Karl Friedrich[4]) bezeichnete er als Hauptpunkt die Forderung, für den Verlust der linksrheinischen Gebiete durch Säkularisation aller in Baden gelegenen Stiftungen und Klöster, die mit Jurisdiktionen ausgestattet seien, entschädigt zu werden. Möglichst sollte diese Entschädigung **nicht** aus österreichischen Besitzungen bestehen, weil

1) Erdmannsdörffer. Reitzenstein. Z. f. G. d. Oberrh. N. F. Bd. XV.
2) P. C. II, 466, 8. VII. 1796.
3) P. C. II, 486.
4) P. C. II, 502, 26. VII. 1796.

der Besitz von andern Reichslanden „für alle Zukunft gesicherter und weniger einer bedenklichen Missgunst ausgesetzt zu sein scheint". Zu dieser Stelle machte Karl Friedrich selbst die Randbemerkung [1]), falls die vorderösterreichischen Besitzungen gänzlich der Verfügung Frankreichs unterstellt würden, falls man sie also mit Zustimmung Oesterreichs erwerben könne, müsse man jedenfalls zugreifen. Auch Edelsheim bezeichnet es als „duperie fort blamable", unter solchen Umständen nicht zu nehmen, so viel man bekommen könne. Der Geheime Rat hat sich also bei diesem Anlass ebenso wie sonst fast immer als konservativer und ängstlicher gezeigt wie Karl Friedrich und sein Minister des Auswärtigen. Es ist ein grosses Glück für Baden gewesen, dass dieses stets etwas langsam und umständlich vorgehende Kollegium nicht ausschlaggebend war. In der auswärtigen Politik, die bei der Verwickeltheit der europäischen Lage im nächsten Jahrzehnt häufig rasche Entschlüsse forderte, ist sein Einfluss auch immer mehr zurückgetreten.

Die Besitzungen Badens auf dem linken Rheinufer, für deren Verlust jetzt die Entschädigung gesucht werden sollte, hatten nach badischer Berechnung ca. 35 000 Einwohner und 300 000 fl. jährliche Einkünfte [2]). Ein Teil dieser Güter, die Sponheimschen, Gravensteinschen und Rhodter Aemter hoffte man noch behalten zu können [3]). Falls aber auch diese von Frankreich nicht zurückerstattet würden, forderte man die rechtsrheinischen Besitzungen der Bistümer Basel, Strassburg und Speyer und die Anerkennung des Säkularisationsrechts. Noch einmal empfahl der Geheime Rat, dass man nur mit grösster Vorsicht zu Werke gehe, um vor allen Dingen etwaige spätere Streitigkeiten zu vermeiden, die aus der Besetzung weltlicher, besonders österreichischer Territorien hätten hervorgehen können. Sehr viel weniger, als die Karlsruher Regierung forderte, hatte zunächst das Direktorium Baden zugedacht. Die Instruktion für den Minister des Auswärtigen Charles Delacroix [4]) spricht

1) P. C. II, 523. Edelsheim an Reitzenstein 10. VIII. 1796.

2) Vgl. die genaue Einzelaufzählung der badischen Verluste: P. C. III, 185.

3) P. C. II, 505 u. 506. Instruktionen für Reitzenstein 26. VII. 1796.

4) P. C. II, 532. 25. VIII. 1796.

nur von Ettenheim, also einem Teil der rechtsrheinischen Strassburger Besitzungen. Doch war man hereit, auch mehr zu bewilligen, wie aus einer Nachschrift zur Instruktion hervorgeht. Barthélemy richtete ein Memoire an das Direktorium[1], in dem er sich für die Notwendigkeit aussprach, Oesterreich von Frankreichs Grenzen zu entfernen, den schwäbischen Kreis vom Reiche abzutrennen, zu ihm die vorderösterreichischen Lande, die 5 Ritterkantone und die rechtsrheinischen Besitzungen Strassburgs hinzuzufügen und aus dem Ganzen eine grosse Föderation zu bilden, die für Frankreich ein gutes Bollwerk geworden wäre. Was dabei aus den vorderösterreichischen Landen werden sollte, ob sie irgend einem Fürsten zugeteilt oder selbständige Republiken werden sollten, darüber sagt Barthélemy nichts. Mit diesem Gedanken einer schwäbischen Föderation wurde nur der alte Plan von Seyès aus dem Jahre 1795 wieder aufgenommen, den er dem Wohlfahrtsausschuss vorgelegt hatte und der in dessen Politik eine grosse Rolle gespielt hatte[2]. Die damalige Absicht ging allerdings noch viel weiter. Oesterreich vom Rhein zu entfernen und aus dem ganzen nichtösterreichischen und nichtpreussischen Deutschland ein grosses Gebilde, „une république vassale de la France" als Pufferstaat zwischen Frankreich und diesen Mächten zu schaffen, ein Gebilde, das ausserdem in Deutschland als dritter Staat zwischen Oesterreich und Preussen die Wage halten konnte. Die Entfernung Oesterreichs vom Rhein war eine Konsequenz der Forderung der Rheingrenze für Frankreich. Blieben noch österreichische Besitzungen verstreut zwischen den übrigen süddeutschen Landen, reichte andererseits Frankreichs Gebiet bis an den Rhein, so waren wohl bei Fortsetzung der augenblicklichen Politik beider Staaten Kollisionen unvermeidlich. Frankreich konnte nicht hoffen unumschränkten Einfluss auf Süddeutschland zu gewinnen, solange noch Oesterreich dorn so mächtig war.

Dass jetzt wieder in Paris viel davon die Rede war,

1) P. C. II, 535, Basel, 17. VIII. 1796.

2) Revue historique, Bd. XVII, Sorel: l'Autriche et le comité de salut public, avril 1795; Revue historique, Bd. XVIII, Sorel: le comité de salut public et la question de la rive gauche du Rhin en 1795; Sorel, l'Europe et la révolution française Bd. IV, S. 299 ff.

Oesterreich solle seine Vorlande verlieren und Baden solle davon den Breisgau bekommen, beweist auch ein Bericht Sandoz-Rollins, des preussischen Gesandten, an seine Regierung [1]. Reitzenstein selbst forderte für den Fall, dass die vorderösterreichischen Besitzungen in die Masse der zur Entschädigung bestimmten Lande geworfen würden, nicht nur den Breisgau, sondern auch die Ortenau, die Waldstädte, Nellenburg und Hohenberg. Wie er an Edelsheim schreibt, er musste das ganz unverhältnismässig kleine Anerbieten von Ettenheim durch ganz unverhältnismässig hohe Forderungen beantworten, um das richtige Mass der Entschädigung durchsetzen zu können [2]. Denn ausser diesen Teilen Vorderösterreichs, auf deren Erwerbung er ja gemäss seiner Instruktion nur eventuell bestehen wollte, forderte er unbedingt das Amt Schliengen, Bonndorf, die rechtsrheinischen Besitzungen von Strassburg und Speyer, das Bistum Konstanz, einige mainzische Landstriche, um dagegen badische Enklaven an Hessen-Darmstadt, Saarbrücken-Usingen und den Fürsten von der Leyen austauschen zu können, ferner die Klöster Gengenbach, Schuttern und Ettenheimmünster, die Oberhoheit über die Reichsritter, deren Güter im Bereich Badens lagen, schliesslich für die Prinzen Ludwig und Friedrich, die auch im Elsass Verluste erlitten hatten, vier zu säkularisierende Klöster [3]. Er selbst glaubte natürlich nicht, dies alles erreichen zu können [4], aber er hatte das richtige Mittel ergriffen: die französische Regierung bewilligte ihm doch erheblich mehr, als sie ursprünglich beabsichtigt hatte. Allerdings, ausser dieser Aufbesserung des territorialen Entschädigungsloses konnte Reitzenstein trotz grösster Bemühungen nichts erreichen. Die französischen Unterhändler drängten zum Abschluss, Württemberg hatte bereits die ihm von Frankreich gestellten Bedingungen angenommen [5], die Gefahr

1) P. C. II, 537. Paris, 20. Aug. 1796.

2) P. C. II, 548. Paris, 25. August 1796.

3) P. C. II, 539. Reitzensteins Entwurf des Friedensvertrags, 20. Aug. 1796.

4) Wie aus dem oben erwähnten Schreiben an Edelsheim vom 25. August (P. C. II, 548) hervorgeht. Lenz scheint das Gegenteil anzunehmen.

5) Ueber die württembergischen Verhandlungen vgl. Klüpfel, Die Friedensverträge Württembergs mit Frankreich, 1796—1802, H. Z. 46.

bestand, dass im Fall längerer Weigerung man nicht einmal die territoriale Vergrösserung erhalten würde. Hilfe war von keiner Seite zu erwarten und mit eigenen Kräften konnte man keinen Konflikt mit Frankreich überstehen, schon drohte Delacroix mit vollständigem Abbruch der Verhandlungen [1]), so blieb Reitzenstein nichts anderes übrig, als am 22 August ebenfalls zu unterzeichnen, ohne noch einmal, obwohl ihm dies ausdrücklich in seiner Instruktion vorgeschrieben war, in Karlsruhe anfragen zu können. Sehr hart fielen die Bedingungen für Baden aus. Es musste sich verpflichten, selbst dem Reich im Falle eines Krieges mit Frankreich keine Lieferungen zu machen, — der erste Schritt auf der Linie, die schliesslich in der Gründung des Rheinbunds zur völligen Loslösung vom Reich führte. Die französischen Heere sollten freien Durchzug durch das Land haben, Baden musste die im dem Waffenstillstand mit Moreau festgesetzte hohe Kontribution zahlen, ausser seinen linksrheinischen Besitzungen sollte es Kehl, 50 Morgen rund um den Brückenkopf gegenüber Hüningen und sämtliche Rheininseln abtreten. Hiergegen hauptsächlich hatte sich der Protest Reitzensteins gerichtet, denn waren schon die Kanonen Strassburgs für Baden drohend genug, wie musste es erst in Abhängigkeit von Frankreich geraten, wenn dies auch noch auf dem rechten Ufer des Rheins festen Fuss fasste. Gegenüber diesen drückenden Bestimmungen war wenigstens eine über den Verlust weit hinausgehende Entschädigung erreicht worden: das Bistum Konstanz mit der Abtei Reichenau und der Probstei Öhningen (ausser den Teilen, die auf Schweizer Gebiet lagen), Schliengen, die rechtsrheinischen Besitzungen Speyers mit der Probstei Odenheim, von Strassburgschen Gütern Ettenheim, ferner die geforderten Teile des Kurmainzischen, für die Prinzen Ludwig und Friedrich die Abtei Salmannsweiler, endlich das Säkularisationsrecht versprach Frankreich im kommenden Reichsfrieden für Baden zu gewinnen — also mehr als der Geheime Rat ursprünglich gefordert hatte, wenn auch der grössere Teil des Strassburgischen an Württemberg gekommen war [2]). Diesen unbestreitbaren Vorteilen gegenüber schienen jedoch dem Markgrafen und sei-

1) P. C. II, 552, Reitzenstein an Edelsheim. Paris, 20 Aug. 1796
2) P. C. II, 544 u. 545.

nem Geheimen Rat die Bedingungen, an die ihre Erwerbung geknüpft war, zu hart Man befand sich damals infolge der Siege Erzherzog Karls in Karlsruhe nicht mehr in der unmittelbaren Gefahr, in der man zur Zeit der Abreise Reitzensteins nach Paris geschwebt hatte. Anderseits wieder waren die österreichischen Truppen so nahe, dass sie einen offenen Abfall Badens von der Reichssache hätten rächen können Wenn auch die bei Bekanntwerden des Vertrags Baden am schwersten kompromittierenden Artikel, die Abtretung rechtsrheinischen Gebietes, nur in den geheimen Vertrag aufgenommen wurden, so erklärte man doch sie und die für einen Krieg zwischen Frankreich und dem Reich getroffenen Bestimmungen für unannehmbar. Karl Friedrich befahl daher seinem Gesandten, dem Direktorium mitzuteilen, er verweigere die Ratifikation, und abzureisen[1]). Trotz dieses Befehls, der Reitzenstein sehr überraschte und aufs tiefste bestürzte, da er klar erkannt hatte, dass Baden nur durch den engsten Anschluss an Frankreich gewinnen konnte, blieb er in Paris und gab die Erklärung nicht ausdrücklich ab, vielmehr setzte er seinen Verkehr mit den einflussreichsten Staatsmännern aufs eifrigste fort, ein Ungehorsam, den ihm Lenz mit Recht als sein grösstes Verdienst, das er sich in diesen Jahren um Baden erworben hat, anrechnet. Denn in der Tat, so wie sich die politische Entwicklung der nächsten Zeit gestaltete, ohne die guten Verbindungen, die Reitzenstein durch sein grosses diplomatisches Talent zu erwerben wusste, und ohne sein persönliches Ansehen in Paris wäre Baden wohl kaum so gut gefahren, wie es wirklich trotz aller Unentschlossenheit und Inkonsequenz in der obersten Leitung seiner Politik fuhr, — Fehlern, die zum grössten Teil in dem Alter und der Kranklichkeit Karl Friedrichs ihre Erklärung finden Ausserdem war der leitende Minister Edelsheim zwar ein seinem Fürsten aufs treueste ergebener Berater und tüchtiger Diplomat, aber durchaus kein Staatsmann. Zwischen ihm und Reitzenstein ist ein gewaltiger Unterschied Ihm fehlt der frisch zugreifende rücksichtslose Zug, der Reitzenstein so sehr auszeichnet und der diesem zu seinen besten Erfolgen verholfen hat. Seine Politik ist

1) P C II, 598 28 November 1796.

massvoller, vorsichtiger, er bescheidet sich mit der Rolle Badens als Kleinstaat, Reitzenstein hingegen findet in der möglichsten Vergrösserung seines Landes sein Ziel, auf wessen Kosten ist ihm gleichgültig. Dadurch ist es auch zu erklären, dass er oft so unglaublich hochgeschraubte Forderungen stellt, manchmal geht er darin so weit, dass man sagen muss, er hat den Blick für das real Mögliche aus Liebe zu seinem Fürsten und Vaterland verloren. Dies ist um so auffallender, als sonst gerade die rasche und genaue Erkenntnis des politisch Gebotenen, des den grössten Vorteil versprechenden Weges eine seiner hervorstechendsten Eigenschaften ist. Der beste Beweis hierfür ist, dass er von Anfang an sich klar bewusst war, dass der Anschluss an Frankreich die einzige Möglichkeit für Baden sei. Aber wenn er noch so anmassend in seinen materiellen Ansprüchen auftrat, in der Form hat er sie doch immer in so liebenswürdiger und überzeugender Manier vorgebracht, dass, wo man ihm freie Hand liess, er meistens den ihm gegenüberstehenden Unterhändler dahin brachte, wenigstens einen grossen Teil zu bewilligen. So lange er den Gesandtschaftsposten in Paris bekleidete, war Badens Interesse in sicheren Händen. Sein Nachfolger Dalberg hat es lange nicht in der gleichen Weise verstanden, Baden bei der französischen Regierung ein Ansehen zu verschaffen, wie es doch in gar keinem Verhältnis zu seiner Macht stand, soweit überhaupt ein Kleinstaat im Ansehen stehen kann bei einer grossen Macht und soweit speziell bei der damaligen französischen Regierung ein Ohnmächtiger Einfluss haben konnte.

Wir haben gesehen, dass unter den einflussreichen Ratgebern Karl Friedrichs Reitzenstein der einzige war, der sich entschieden für den unbedingten Anschluss an Frankreich erklärte. Dass diese Politik die praktisch richtigste war, haben die reichen Früchte, die sie getragen hat, zur Genüge bewiesen. Eine andere Frage ist, ob man sie moralisch billigen kann, denn unleugbar bildete der Abschluss eines Separatfriedens mit Frankreich einen Abfall vom Reich. Noch vor nicht allzu langer Zeit war Karl Friedrich dem Fürstenbunde beigetreten, dessen Zweck es doch gerade gewesen war, die Konstitution des Reichs zu erhalten. Wenn der Markgraf jetzt sich aus dem Reichskrieg zurückzog, so war dies also nicht nur ein Bruch

mit Jahrhunderte alter Tradition, es war sogar eine Umkehrung der eigenen bisher befolgten Politik. Schwer genug ist es dem „Nestor der deutschen Fürsten“ geworden, noch in seinem hohen Alter so gänzlich neue Bahnen einzuschlagen. Ist also der scharfe Vorwurf, der häufig gegen die süddeutschen Staaten wegen ihres damaligen Verhaltens erhoben worden ist, aufrecht zu erhalten? Für eine nationale Politik, wie man sie von den heutigen Verhältnissen her für die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts gefordert hat, fehlte damals jede Grundlage. Diese Beurteilung misst die Vergangenheit mit heutigen Masstäben, „einer der schlimmsten Fehler, die der Historiker begehen kann“[1]. Im politischen Sinne gab es damals keine deutsche Nation, gewisse Kreise trugen allerdings die Sehnsucht nach einer nationalen Einheit stark in sich, aber auch diese doch nur in undeutlichen Formen. Die Dinge lagen in dieser Zeit so, dass, wenn man auch das eigene Interesse opfern und auf Gewinn verzichten wollte, dies keineswegs zum Vorteil des Reichs, sondern nur zu dem des Nachbarn geschah. Was aber für unser Urteil das Ausschlaggebende sein muss, ist die Tatsache, dass Baden bei längerem Beharren auf dem Reichsstandpunkt Gefahr lief, nicht nur keine Entschädigung für das auf dem linken Rheinufer Verlorene zu erhalten, sondern sogar in seinem rechtsrheinischen alten Besitzstand angetastet zu werden. Preussen hatte den kleineren süddeutschen Staaten das Beispiel gegeben und sich aus der Koalition zurückgezogen; auf seine Unterstützung war also nur zu hoffen, wenn Baden nicht noch länger bei Oesterreichs Fahnen blieb. Und Oesterreich wieder vermochte nicht Süddeutschland genügend vor der französischen Invasion zu schützen. Frankreich hatte demnach unbeschränkte Gewalt über das Land, es hatte die Fähigkeit, die Dynastie der Zähringer zu vernichten. Doch war es natürlich von viel grösserem Wert für die französische Regierung, sich die Süddeutschen durch Entgegenkommen zu Verbündeten als gewaltsam zu widerwilligen Vasallen zu machen. Für die süddeutschen Staaten war der Zustand von 1796 gänzlich unhaltbar geworden und ganz besonders für Baden, das durch seine geographische Lage den

1) D. Schäfer, Weltgeschichte der Neuzeit. Berlin 1907, I. S. 5.

Angriffen der Franzosen unmittelbar ausgesetzt war. Auf irgend eine Weise musste die badische Regierung aus dieser Lage herauszukommen suchen. Es war dies ihre Pflicht gegenüber ihren Untertanen, die unter dem Krieg notwendigerweise schwer litten. Für die Markgrafschaft war eine Haltung wie die Sachsens unmöglich, das für die Bewahrung der Reichskonstitution eintreten konnte, weil es nicht selbst gefährdet war, das bei den dem Reichsdeputationshauptschluss vorhergehenden Verhandlungen energisch dagegen protestierte, dass auswärtige Mächte sich in inneren deutschen Angelegenheiten die Entscheidung anmassten [1]). Was zu Sachsens Verteidigung angeführt worden ist, dass die sächsische Regierung mit gutem Gewissen aus dem allgemeinen Umsturz Gewinn ziehen konnte, da sie an dem Rechtsbruch keine Schuld trug [2]), das kann mit gleichem Rechte für Baden geltend gemacht werden. Freiwillig ist es nicht den Weg gegangen, den andere Staaten, vor allem Preussen, leichteren Herzens vor ihm beschritten hatten, ihm blieb kein anderer übrig. Solange noch irgend welche Hoffnung bestand, auf andere Weise Badens Interessen wahren zu können, hat der Markgraf seine Einwilligung verweigert. Erst als die unbedingte politische Notwendigkeit den Schritt forderte, als die Existenz des Staates auf dem Spiele stand, da hat er die Hand ergriffen, die ihm die französische Regierung hinhielt. Aber selbst da hat er sich nicht rückhaltlos in Frankreichs Arme geworfen, die Möglichkeit, wieder auf die österreichische Seite zurückzukehren, hat er sich bis 1805 stets offengehalten. Einen Vorwurf darf man also Karl Friedrich wegen seines Abfalls vom Reich nicht machen.

Während Reitzenstein die Verhandlungen in Paris fortsetzte, wurde bei dem Direktorium der Gedanke immer stärker, dem Kaiser die Vorlande abzunehmen, um erstens seinen Einfluss aus Schwaben zu verdrängen und zweitens ihn über haupt vom Rhein als Frankreichs zukünftiger Grenze zu entfernen. Aus dieser Zeit liegen uns mehrere Pläne vor, die den Breisgau für Baden bestimmten. So wollte der gewesene

1) Vgl. F. Friedrich, Politik Sachsens 1801—1803. Leipzig 1898.
2) Friedrich, a. a. O., S. 59.

französische Geschäftsträger in Karlsruhe, Du Pont de Nemours, der durch seine physiokratischen Anschauungen persönlich Karl Friedrich sehr nahe stand, den Breisgau, die Ortenau und die Waldstätte an Baden gegeben wissen[1], ein anonymes, offenbar von einer dem Ministerium des Aeussern nahestehenden Persönlichkeit verfasstes Memoire[2] enthält ganz ähnliche Vorschläge. Delacroix selbst machte Reitzenstein den Vorschlag, ob nicht Baden an Stelle von Konstanz und Salmannsweiler den sein Stammland besser arrondieren den Breisgau haben wolle[3]. Aber ernsthafte Schritte geschehen deswegen nicht und konnten auch nicht geschehen, da bald darauf das Geschick des Breisgaus sich in den Verhandlungen mit Oesterreich entschied. Vielleicht entsprang das Anerbieten Delacroix' wirklich dem Festhalten an dem alten Plan Sieyès', vielleicht — und das ist mir wahrscheinlicher — benutzte er es nur als Mittel, um die Ratifikation durch Baden zu beschleunigen. Dies scheint daraus hervorzugehen, dass Reitzenstein öfters mit einer in Wirklichkeit nicht geschehenen Aufteilung der vorderösterreichischen Lande geängstigt wurde, bei der Baden eben wegen des Ausbleibens der Ratifikation leer ausgegangen sei[4].

Auch am badischen Hof besprach man, was werden solle, „wenn aus Schwaben eine Republik gemacht werde“. Markgraf Wilhelm berichtet[5], Karl Friedrich sei entschlossen gewesen, sich im südlichen Russland eine Freistätte zu gründen. Begreiflich ist es, dass der alte Markgraf in so verzweifelter Stimmung war: er musste den Winter ausserhalb Badens in Triesdorf bei Ansbach verbringen, sein Verhältnis zu Oesterreich war wegen des Bruchs des Bündnisses, sein Verhältnis zu Frankreich wegen der Verweigerung der Ratifikation sehr gespannt, dabei sein Land durch den Krieg und die fortwährenden Truppendurchmärsche aufs äusserste erschöpft. Dazu

1) P. C. II, 627. Reitzenstein an Edelsheim, 9. Februar 1797.

2) Vreede, a. a. O. S. 23 ff.

3) P. C. II, 622. Reitzenstein an Edelsheim, 15.—20. Januar 1797.

4) P. C. II, 591. Reitzenstein an Edelsheim, 22. September 1796.

5) Obser, Denkwürdigkeiten des Markgrafen Wilhelm von Baden S. 9. Heidelberg, 1906.

kam der überwältigende Eindruck der Siege Napoleons in Oberitalien, die fortwährenden Mahnungen Reitzensteins und dessen Berichte von dem Vordringen des württembergischen Einflusses in Paris taten das übrige, so wandelte sich allmählich die Ansicht Karl Friedrichs.

Reitzensteins Ausharren in Paris fing an sich zu belohnen, er erhielt die formelle Erlaubnis, dort zu bleiben, und wurde instruiert, möglichst jede bestimmte Erklärung zu vermeiden [1]. Allerdings für den Fall, dass das Direktorium auf sofortiger Äusserung bestehe, sollte er noch immer die Verweigerung der Ratifikation erklären und abreisen. Trotz des anhaltenden Drängens Delacroix', der — obwohl nicht mehr Minister des Auswärtigen — noch mit der Erledigung der Verhandlungen mit Baden beauftragt war, was übrigens Reitzenstein, der von Delacroix' Nachfolger Talleyrand viel gehofft hatte, sehr unerwünscht kam, gelang es dem Gesandten auch, die Entscheidung immer mehr hinauszuschieben. Er wurde hierbei von Sandoz-Rollin unterstützt, z. B. verschaffte dieser ihm im März 1797 einen Aufschub von 6 Wochen [2], wie überhaupt die preussische Regierung öfters in dieser Zeit Baden unterstützt hat, wenn es auch zu einer formellen Befürwortung, die Karl Friedrich und Edelsheim wünschten, nicht kam. Doch die Forderungen der französischen Unterhändler nach der Ratifikation wurden immer dringender, Delacroix erklärte schliesslich offiziell, man werde erst nach Austausch der Ratifikationen sich zu neuen Verhandlungen verstehen, und drohte, Badens Interesse gänzlich fallen zu lassen [3]. In der Tat gefährdete die Verzögerung das Geschick Badens auf das ernsteste, die an und für sich freundliche Gesinnung des Direktoriums begann sich zu wandeln. Dies beweist eine Instruktion Talleyrands an die französischen Gesandten in Rastatt [4]: Württemberg solle bei den bevorstehenden Veränderungen im Reich bevorzugt werden, über das im Separatvertrag festgesetzte Mass hinaus. Karl Friedrich „serait absolument dans le même

1) P. C. II, 635. Edelsheim an Reitzenstein, 30. März 1797.

2) P. C. II, 643. Sandoz-Rollin an Friedrich Wilhelm II., 26. März 1797.

3) P. C. II, 671. Reitzenstein an Edelsheim, 6. August 1797.

4) P. C. III, 7. 11. November 1797.

cas que le duc de Wurtemberg et mériterait d'être traité de même si ce n'était qu'il a négligé de ratifier jusqu'à présent le traité conclu à Paris en son nom, ce qui le laisse à notre égard dans un état presque hostile ce qui doit faire regarder son traité comme non avenu." Sandoz-Rollin riet jetzt auch, sich dem Verlangen Frankreichs zu fügen, endlich liess sich der Geheime Rat überzeugen. Den letzten Widerstand Karl Friedrichs beseitigte dann die Nachricht, dass Oesterreich seinen Frieden mit Frankreich geschlossen habe. Nicht nur war damit jede Hoffnung durch Oesterreich günstigere Bedingungen zu erlangen, verloren, es zirkulierten auch Gerüchte, Modena habe ausser dem Breisgau die drei Oberämter des oberen Fürstentums erhalten. Es scheint allerdings, dass dadurch nicht mehr irgendwie der Entschluss des Markgrafen beeinflusst worden ist, denn Edelsheim will dies nur als Verteidigung anführen gegen eventuelle Beschuldigungen Badens, es sei von der Reichssache abgefallen.[1] Am 5. November erfolgte die Genehmigung Karl Friedrichs, infolge einiger Hemmnisse konnten die Ratifikationen erst am 15. Dezember ausgetauscht werden.

Sofort nach dem Austausch nahm Reitzenstein die Verhandlungen über eine Abänderung des Vertrages wieder auf. Während Edelsheim nach einer Unterredung mit Bonaparte in Rastatt die Hoffnung zunächst aufgab, den Breisgau für Baden zu gewinnen[2]), machte Reitzenstein Versuche über Versuche, ihn doch noch zu erhalten. Es schien ja allerdings aussichtslos, da er eben erst durch eine ausdrückliche Bestimmung des Friedens zu Campo Formio an den Herzog von Modena gegeben war. Aber im Direktorium selbst war eine starke Partei, die mit dieser Massregel höchst unzufrieden war, an ihrer Spitze Rewbell, also einer der Leiter der Politik Frankreichs. Wenn Modena, also ein Glied des Erzhauses, den Breisgau besass, so war das Ziel dieser Partei, die gänzliche Entfernung Oesterreichs vom Rheine, keineswegs erreicht. Der Kriegsminister Schérer, wie Rewbell ein geborener Elsässer, machte Reitzenstein Mitteilung von dieser Stimmung, er riet gleichzeitig zu einem Schreiben Karl Friedrichs an Rewbell

1) P. C. II. 601. Edelsheim an Karl Friedrich 23. Dezbr. 1797.

2) P. C. III. 84. Edelsheim an Reitzenstein, Rastatt, 1. Dezember 1797.

worin der Markgraf das Direktorium bitte, Schritte zu tun, um Baden den Breisgau zu verschaffen [1]). Daraufhin richtete Reitzenstein eine ausführliche Denkschrift an Talleyrand, in der er seine neuen Forderungen entwickelte und begründete [2]). Er entwarf ein Projet de traité additionnel et secret [3]), laut dessen ausser den schon im Vertrag vom 22. August 1796 bewilligten Gebieten der Breisgau, die Ortenau, die Waldstädte, die Grafschaft Hohenburg, Nellenburg, Bonndorf, die drei Reichsstädte Offenburg, Gengenbach und Zell am Harmersbach, die Abteien Gengenbach und Petershausen (also noch wesentlich mehr, als er im August 1796 gefordert hatte) an Baden fallen sollten. Für den Fall der Säkularisation der Güter des Deutsch- und Malteser-Ordens forderte er noch die Commanderie Mainau und ein Gebiet, das man dem Fürsten Schwarzenberg zum Austausch für den Klettgau anbieten konnte. Modena, glaubt er, lasse sich leicht für den Breisgau entschädigen, wenn erst einmal das Prinzip der Säkularisation angenommen sei. Damals wurde allerdings nichts von diesen Forderungen erreicht; Talleyrand besprach sich zwar mehrmals mündlich mit dem Gesandten und billigte ihm die Notwendigkeit einer Erhöhung des badischen Loses zu [4]), aber ernsthaft geschah nichts. Der grösste Teil jedoch hat sich in späteren Jahren in Wirklichkeit umgesetzt. Was der badische Staatsmann aus rein badischem Interesse gewünscht und geplant hatte, das wurde so durch ein unendlich überlegenes Genie als auch im Interesse des europäischen Staatensystems liegend gebilligt: erst grandiose Waffentaten und Erschütterung des ganzen alten Zustandes ermöglichten es Napoleon, die Hoffnungen Badens zu erfüllen.

Da Reitzenstein sah, dass zunächst in Paris nichts zu erreichen sei, reiste er ab und schloss sich der badischen Delegation in Rastatt an. Ende November war hier der Friedenskongress zusammengetreten, Baden war durch seinen Staatsminister Edelsheim und den Geheimen Rat Emanuel Meier [5])

1) P. C. III, 80. Reitzenstein an Edelsheim, 5. November 1797.
2) P. C. III, 86. 23. Dezember 1797.
3) P. C. III, 87. 23. Dezember 1797.
4) P. C. III, 89. Reitzenstein an Edelsheim, Paris, 2—16. Januar 1798.
5) Ueber Meier vgl. P. C. III, S. VIII.

vertreten. Bezeichnend ist, dass seit dem Moment seiner Ankunft Reitzenstein den entscheidenden Verkehr mit den französischen Gesandten hauptsächlich in Händen hat, nicht mehr Edelsheim. Wenn Bitterauf[1]) über Badens Haltung während des Kongresses urteilt, es habe nur „Handlangerdienste" für Frankreich geleistet, so trifft er wohl in der Sache ziemlich das Richtige, in der Form ist es doch etwas sehr stark ausgedrückt. Jedenfalls stehen bei fast allen wichtigen Abstimmungen die badischen Vota absolut oder mit geringen Modifikationen auf der Basis des französischen Antrags[2]). So sind sie für Bewilligung der Säkularisation als Grundlage der Entschädigungen für die Verluste auf dem linken Rheinufer, so sprechen sie für Abtretung des ganzen linken Rheinufers, in der Abstimmung vom 11. Mai 1798 sind sie sogar die einzigen, welche für Bewilligung auch rechtsrheinischer Festungen an Frankreich eintreten, schliesslich geht ihr Votum über das französische Ultimatum vom 5. Dezember auf Annahme aller Punkte. Baden musste sich eben streng an die Bestimmungen des Friedensvertrags mit Frankreich halten, wenn es nicht Gefahr laufen wollte, die dort zugestandenen Vorteile wieder einzubüssen. Eine dieser Bestimmungen, die ganz besonders drückend gewesen war, die Abtretung Kehls, fiel im Verlauf der Rastatter Verhandlungen fort, da die übrigen Deputationsmitglieder energisch gegen die Abtretung rechtsrheinischen Gebietes protestierten und Frankreich wegen der Niederlage von Abukir augenblicklich eine zu starke moralische Einbusse erlitten hatte, um diese grosse Forderung durchsetzen zu können.

Schon der Gang der Verhandlungen in Rastatt hatte gezeigt, dass noch keine definitive Verständigung zwischen Frankreich und Oesterreich möglich war. Der Neuausbruch des Krieges setzte ihnen ein rasches Ende. Ebensowenig wie in Rastatt wurde bei den Unterhandlungen in Paris, wohin Reitzenstein im September zurückgekehrt war, ein Ergebnis erreicht. Reitzenstein fusste in seinen Anträgen auf seiner Denkschrift vom Oktober[3]), während Roberjot, einer der französischen Gesandten in Rastatt, der vom Direktorium mit der Ausarbeitung eines

1) Geschichte d. Rheinbunds, 1, S. 78. München 1905.
2) Vgl. H. Hüffer, Der Rastatter Kongress. Bonn 1888, passim.
3) Siehe S. 17.

Entschädigungsplans beauftragt war, Baden nicht einmal das zugestehen wollte, was ihm im Separatvertrag von 1796 zugesichert worden war [1]. Dagegen gab Talleyrand, wenn auch in sehr vagen Ausdrücken, Hoffnung auf Erfüllung der badischen Wünsche [2]; ein anonymes Memoire [3]) wünscht die Vermehrung des Besitzes Karl Friedrichs als „très sincère ami de la république“, seine Erhöhung vom „grandseigneur“ zum „prince“. „Le Brisgau donné au Duc de Modène, c'est à dire conservé à la maison d'Autriche, est une erreur de Bonaparte qui ne peut nous convenir.“ Württemberg neige zu sehr nach Oesterreich hin, Baden solle daher so stark gemacht werden, dass es eine Barrière für Frankreich bilden könne. Seine Grenzen sollen deshalb sein der Rhein im Süden und Westen, im Osten der Kamm des Schwarzwalds, im Norden die Grenze des Bistums Speyer, das aber noch zu Baden gehören soll — also ganz Reitzensteins Forderung. Zum Unglück für Baden konnten diese so günstigen Absichten jetzt noch nicht verwirklicht werden, Reitzenstein selbst erkannte, dass die Zeit noch nicht gekommen sei, die Entschädigungsfrage definitiv zu lösen [4]. Die allgemeine Weltlage war nicht geklärt genug, um solche Detailfragen schon jetzt zu entscheiden. Infolgedessen betrieb er auch die Beantwortung seiner Anträge äusserst lau. Die Kriegserklärung verhinderte dann alle solche Einzelverhandlungen bis auf weiteres überhaupt, aber sie eröffnete für den Fall des Sieges Frankreichs die Aussicht, die vorderösterreichischen Lande, speziell den Breisgau, gewinnen zu können, über den ja in Campo Formio zu Ungunsten Badens verfügt worden war. Herzog Herkules von Modena hatte ihn als Entschädigung für seine italienischen Besitzungen erhalten, die der cisalpinischen Republik einverleibt wurden.

Wenn auch der Herzog von Modena ein Glied des Erzhauses war, so riss doch der Friedensartikel den Breisgau von Oesterreich, und die Breisgauer waren nicht gewillt, sich ohne weiteres hierein zu fügen. Schon [5]) vor Abschluss des Friedens

1) In seinem Gutachten vom Okt. 1798, P. C. III, 176.

2) P. C. III, 203. Talleyrand an Reitzenstein, 22. Dezember 1798.

3) P. C. III, 205. Obser vermutet als Verfasser Talleyrand oder Dupont. Die Annahme des letzteren ist mir sehr viel wahrscheinlicher.

4) P. C. III, 206. Reitzenstein an Edelsheim, 26. Dezember 1798. Kapitel I.

5) Das Folgende beruht teils auf Akten des Generallandesarchivs in

hatten sich im Breisgau Gerüchte verbreitet, das Land solle von seinem angestammten Fürstenhaus getrennt werden. Dies hatte hier die lebhafteste Bestürzung hervorgerufen. Der Breisgauische landständische Consess wandte sich schon im Mai 1797 an den vorderösterreichischen Regierungspräsidenten Freiherrn von Sumeraw, dann nach Wien an den Kabinettsminister Colloredo mit der Bitte um Aufschluss, ob etwas Wahres an dem Gerüchte sei. Als Antwort kam in gewundenen Ausdrücken die Versicherung, der Kaiser liebe seine Breisgauer sehr, er (Colloredo) habe bis jetzt auch noch nichts von einer Vertauschung gehört [1]. Ebenso erklärte Sumeraw, eine Abtretung des Breisgaus sei augenblicklich höchst unwahrscheinlich, Seine Majestät „könne nur durch den zur Zeit noch nicht vorzusehenden Drang der Umstände" dazu bewogen werden. Aus Sumeraws Berichten an den Kaiser, in denen er die Bitten der Stände aufs wärmste empfahl, geht hervor, welche Anhänglichkeit die Breisgauer für das Kaiserhaus empfanden, mit welch „unbeschreiblicher Niedergeschlagenheit" sie der Gedanke an Trennung von Oesterreich erfüllte. Und zwar gilt dies nicht nur für die Stände, die ja in erster Linie interessiert waren, — denn kamen sie an einen Herrscher, der nicht nur aus solcher Ferne, wie der Kaiser, in lockerer Hand die Zügel hielt, dann war es vorbei mit ihrer „behaglichen Anarchie" [2], die sie zu eigenem Vorteil aufs geschickteste auszubeuten wussten — das „ganze Publikum", d. h. vor allem auch das Landvolk, war sich in diesem Gefühl einig. Sumeraw kann sich nicht genug tun, die Ergebenheit der Bevölkerung zu preisen. „Kein Volk in der Welt kann dem besten Landesfürsten mit mehrer Treue und Anhänglichkeit zugethan sein, als es die Vorländer gegen Seine Majestät und das Allerdurchlauchtigste Erzhaus sind, wovon sie auch die ursprünglich ersten und ältesten Stammesunterthanen zu sein sich rühmen". Er befürchtet sogar

---

Karlsruhe: Breisgau Generalia, Staatserwerb Fasc. 816, teils auf den Berichten und Vorträgen des Freiherrn von Sumeraw an den Kaiser 1797—1803 aus dem Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv.

1) Colloredo an den Consess, Wien, 1. Juli 1797.

2) Gothein, Der Breisgau unter Maria Theresia und Joseph II., Neujahrsblätter der badischen historischen Kommission 1907. p. 13. Ich kann darauf verzichten, eine nähere Darstellung der Zustände, die im Breisgau damals herrschten, zu geben, da diese erschöpfend in Gotheins Werk geliefert worden ist.

offenen Aufruhr der Vorlande, wenn mit dem Austausch Ernst gemacht würde, wenn er nicht ihnen bald „die wonnevolleste Zusicherung erteilen dürfe, dass der so schmerzlich besorgte Austausch grundlos seye und die Vorlande noch fernerš das unschätzbare Glück geniessen dürfen, das treue Eigenthum des Allerdurchlauchtigsten Erzhauses zu verbleiben“ [1]) Trotz dieser Empfehlung erhielt der Consess auf alle seine Eingaben auch weiterhin nur ausweichende Antworten, aber er und sein Präsident, Freiherr von Baden, begnügten sich damit nicht, sie richteten am 27. Juni 1797 eine Immediateingabe an Kaiser Franz, in der sie wieder baten, nicht vom Haus Oesterreich getrennt zu werden. Dabei betonten sie vor allem, dass die bisher gewahrte Einheit der Breisgauischen Bevölkerung im Katholizismus [2]), besonders falls das protestantische Baden Herr des Landes werden sollte, gefährdet werde. Sie beriefen sich auf urkundliche Verbriefungen, wonach der Breisgau niemals vom Erzhause getrennt werden sollte, wie sie z. B. 1368 für Freiburg, 1654 für Triberg ausgestellt worden waren. Zunächst kam nur dieselbe Versicherung wie das erstemal als Antwort, dann aber schrieb Thugut, die Gerüchte seien grundlos. Hierüber herrschte grosse Freude, die aber durch das Bekanntwerden der Friedensartikel von Campo Formio und der Abtretung des Landes an Modena sich jäh in Trauer verwandelte. Jedoch auch jetzt noch nicht verlor der Consess die Hoffnung, bei Oesterreich bleiben zu können. Am 21. November 1797 richtete er eine neue Eingabe an den Kaiser, er bat, wenn es noch irgend möglich sei, den Entschluss abzuändern. Der Drang der Umstände habe den Kaiser zu dem Schritt genötigt. „Aber wenn auch der nur zu sehr wahrscheinliche Umstand, dass die Grenzen von Oesterreich und Frankreich sich nirgends berühren sollen, der Hauptgrund zu solcher Abtretung war, sollte sich nicht irgend ein Mittelweg finden, der eben das, was die Entfernung der wechselseitigen Grenzen zur Absicht hat, leisten und uns doch unter dem mildesten Szepter des allerdurchlauchtigsten Kaiserhauses lassen würde?“ Und diesen Mittelweg findet der Consess darin, dass eine gemeinsame Erklärung Oesterreichs und

---

1) Sumeraw an Thugut, Freiburg, 19. Mai 1797.
2) Vgl. Gothein, a. a. O. S. 101 ff.

Frankreichs den Breisgau für die künftigen Kriege zwischen beiden Mächten neutral machen solle. Es ist also ein ganz ähnlicher Ausweg wie der, den Barthélemy für ganz Schwaben und vor ihm Sieyès für ganz Deutschland ausser Preussen und Oesterreich gewünscht hatten: Errichtung einer neutralen Ländermasse zwischen Oesterreich und Frankreich. Ein grosser Unterschied ist aber der, dass Sieyès und Barthélemy hoffen konnten, der neue Zwischenstaat würde unter französischen Einfluss geraten, während in diesem Falle die Sympathien der Breisgauer immer auf Oesterreichs Seite gewesen wären.

Colloredo antwortete auf die Eingabe wieder nur, der Kaiser liebe die Breisgauer sehr. Dies Schreiben ist mit der charakteristischen Randbemerkung des Syndikus der breisgauischen Stände Dr. Engelberger[1]) versehen: „So rührend solche Aeusserung sei, könne sie doch nicht befriedigen, da sie keine Antwort auf die Bitte enthalte“. Indessen versöhnte man sich allmählich, wenn auch widerstrebend, mit dem Gedanken, an Modena zu kommen, wie ein Schreiben an Sumeraw vom 7. Dezember beweist. Aber gegen einen dem Erzhause nicht verwandten Herrscher protestierten die Stände noch sehr energisch, ebenso gegen irgend welche Zerstückelung des Landes, wie sie durch die Abtretung des Fricktales, des südlich des Rheines gelegenen Teils des Breisgaus, drohte. Wegen dieser Befürchtung sandten sie mehrere Eingaben an den Kaiser selbst, an seine Minister und an Sumeraw.

Während dessen war der Friedenskongress zu Rastatt zusammengetreten. Die breisgauischen Interessen ruhten in den Händen des Vertreters des Erzhauses, des Grafen Lehrbach. In der Tat hat er auch mehrfach für Besitzungen breisgauischer Untertanen, Ritter, Stifter und Städte, sein Wort eingelegt[2]). Auch gab er einen Protest gegen die Abtretung des Fricktals, die die französischen Gesandten in einer Note vom 19. Juli 1798 forderten, zu Protokoll: das Fricktal stosse in keiner Weise an die französische Grenze, es sei nie okkupiert gewesen, überdies habe die Reichsfriedensdeputation gar nichts damit zu tun, allein zwischen Oesterreich und Frankreich müsse diese Ange-

1) Ueber Engelberger vgl. Bader, Die ehemaligen Breisgauischen Landstände, Karlsruhe 1846, S. 196 f.

2) Sumeraw an den Consess, 20. Juli 1798.

legenheit abgemacht werden [1]). Sowohl der gesamte Breisgauische Consess als einzelne Stände, die im Fricktal Besitzungen hatten, schickten Gesuch um Lehrbach und die übrigen Deputationsmitglieder, doch ja die Abtretung zu verhindern. In einer dieser Eingaben findet sich die Bitte, das Fricktal nicht an ein Land zu geben, „an welchem unter dem schmeichelnden Namen der Freiheit die Grundsätze der Irreligiosität, des Sittenverderbnisses und der sich auch in fremden Staaten verbreiten sollenden Revolutionsversuche von Staats wegen eingeführt sind" [2]). Auch diese Frage konnte infolge des Ausbruchs des zweiten Koalitionskrieges jetzt nicht gelöst werden.

Kapitel II.

Badens Entschädigung im Reichsdeputationshauptschluss [3]).

Durch die Eröffnung der Feindseligkeiten geriet Baden in eine äusserst prekäre Lage. Mit Frankreich bestand sein Vertrag noch, an dessen Gegner fesselte es Neigung und Tradi-

1) Lehrbach an Sumeraw, 4. August 1798.

2) Eingabe der Stifter Säckingen, Rheinfelden und Ohlsperg vom 5. VIII. 1798.

3) Ausser den in dem Vorwort angeführten Werken Tratschewsky, Russland und Frankreich im Zeitalter Napoleons I. (Jahrb. d. Kais. Russ. hist. Ges. Bd. 70) Petersburg 1890 (Russisch). — Bailleu, Preussen und Frankreich 1795—1807. Leipzig 1881 und 1887. — Beer, 10 Jahre österreichischer Politik, Leipzig 1877. — Beer, Arch. f. Oesterr. Gesch. Bd. LII. — Bignon, Histoire de la France depuis le 18 brumaire jusqu'à la paix de Tilsit. Paris 1845—50. — Du Casse, Histoire des négociations relatives aux traités de Mortfontaine etc. Paris 1855. — v. Weech, Baden unter den Grossherzogen Karl Friedrich, Karl, Ludwig. Freiburg 1863. — du Moulin-Eckart, H. Z. Bd. 78. — Berghaus, Deutschland seit 100 Jahren. Leipzig 1859—61. — Gaspari, Der russisch-französische Entschädigungsplan. Regensburg (Hamburg) 1802. — Gaspari, Der Reichsdeputationsrecess. Hamburg 1803.

tion, speziell mit Russland war Karl Friedrich durch die Vermählung seiner Enkelin mit dem Thronfolger verbunden. Von jeder der kämpfenden Parteien musste man Rache bei offener Stellungnahme für die andere fürchten [1]. Das Land lag eben den Angriffen beider Armeen schutzlos ausgesetzt. Die peinlichste Frage erhob sich jedoch, als das Reich wieder in den Krieg hineingezogen werden sollte. Baden kam dadurch in die Verlegenheit, ob es seine Pflichten gegen das Reich erfüllen oder nach den Bestimmungen des Vertrages mit Frankreich handeln sollte. Wie man sich auch verhielt, es war unvermeidlich, die eine der beiden Parteien zu verstimmen. So war es Badens natürliches Interesse, um einer prinzipiellen Entscheidung aus dem Weg zu gehen, möglichst neutral zu bleiben und diese Neutralität auch von Wien und Paris aus anerkannt zu sehen. Während der Beratungen in Regensburg blieb daher der badische Vertreter im Reichstag, Graf Goertz, durchaus passiv. Bei der entscheidenden Abstimmung am 16. September 1799, in welcher der Krieg gegen Frankreich beschlossen wurde, enthielt er sich der Stimme. Aber schon dies Verhalten erregte den Unwillen der Verbündeten. Diese Misstimmung des Kaiserlichen Hofs und vor allem Russlands wurde noch sehr verstärkt durch die zum Schrecken der badischen Regierung erfolgte Veröffentlichung der geheimen Artikel des Vertrages mit Frankreich. In Petersburg ging man soweit, den Erbprinzen und seinen Sohn ihres Ranges in der russischen Armee zu entkleiden. Zar Paul forderte für den Fall, dass Baden sich nicht dazu verstände, den Vertrag zu kündigen, die Reichsacht gegen den Markgrafen [2], auch Thugut bezeichnete seine Haltung als „Verräterei am Reich“ [3]. Um sich zu rechtfertigen, entsandte Karl Friedrich im August 1799 Otto Heinrich von Gemmingen [4] nach Wien. Durch ihn kommt ein starkes österreich-freundliches Element in die badische Politik. In seinen Berichten aus Wien rät er zum unbe-

1) Lehrbach hatte schon in Rastatt gedroht, „que si l'armée autrichienne revenait dans les états du Margrave et que lui en fût le commissaire, il garantirait bien qu'il ne resterait pas une cullerée à aucun habitant de ce pays“ (P. C. III, 212. Edelsheim an Reitzenstein, 8. 11. 1799).

2) P. C. III, 449. Cobenzl an Thugut, Petersburg, 3. VII. 1799.

3) P. C. III, 447. Thugut an Cobenzl, 13. VI. 1799.

4) Ueber Gemmingen vgl. P. C. III, LII.

dringten Anschluss an Oesterreich zur Aufkündigung des französischen Vertrags [1]), er verstieg sich soweit, der Wiener Staatskanzlei ohne jeden Auftrag formell zu erklären, Karl Friedrich sei zum festen Anschluss an die Verbündeten entschlossen. Unter seinem Druck begann tatsächlich die badische Regierung sich zu Oesterreich hinzuneigen, zumal da Edelsheim selbst diese Gedanken schon im August ernstlich erwogen hatte [2]), eine Tendenz, in der die Siege der österreichischen und russischen Truppen den Geheimen Rat noch immer bestärkten. Sie entsprach ja auch den eigentlichsten Wünschen Karl Friedrichs, der nur sehr widerstrebend sich Frankreich genähert hatte. Selbstverständlich konnte Reitzenstein diese Wendung nicht mitmachen. Wir sahen schon, wie er von Anfang an von Frankreich allein, dem er deshalb auch jetzt aus ganzem Herzen den Sieg wünschte, einen Vorteil für Baden erwartete. Mit dem Bruch des Vertrags musste daher eine Politik beginnen, die seinen Ueberzeugungen aufs tiefste widersprach. Er zog daraus die Konsequenzen und reichte am 11. November seine Demission ein [3]). Aber war Edelsheim anfänglich sehr für Oesterreich gewesen, so trat er jetzt mit seinem ganzen Ansehen im Gegensatz zum Geheimen Rat dafür ein, die Entscheidung zwischen beiden Parteien noch weiter hinauszuschieben. Die Siege der Verbündeten waren nicht so entscheidend gewesen, dass die Franzosen in ihrer Stellung in Oberdeutschland wesentliche Einbusse erlitten hätten, Baden konnten sie noch binnen kürzester Zeit vollständig unter ihre Gewalt bekommen. Bisher hatten sie es, um seine Vertragstreue zu erhalten, in einem für die Revolutionskriege ausserordentlichen Masse geschont. Einen Bruch konnten sie jeden Augenblick furchtbar rächen. Andererseits sahen Oesterreich stillschweigend die badische Neutralität anerkennen zu wollen. So wäre es also ein schwerer Fehler gewesen, in diesem Momente offen auf Oesterreichs Seite zu treten. Infolgedessen erging an Reitzenstein die Bitte, auf seiner Demission nicht zu bestehen, und er blieb auch wirklich auf seinem Posten, der im Lauf des folgenden Jahres aus der bisherigen Stellung als ausserordent-

1) „ . . . je ne vois dans les circonstances présentes aucun salut, tant que ce traité subsiste" (Gemmingen an Edelsheim, 28. IX. 1799).

2) C. P. III, 423, Edelsheim an Reitzenstein, 23. VIII. 1799.

3) P. C. III, 427.

liche Gesandtschaft in eine stehende verwandelt wurde. Es ist ein grosses Verdienst Edelsheims, dass er diese neutrale Haltung durchgesetzt hat, denn ihr hat Baden viel zu verdanken. Ohne sie wäre es ihm sicherlich bei dem Umschwung, der zu Gunsten der französischen Waffen erfolgte, übel ergangen. So konnte es das ganze Jahr 1800 hindurch in verhältnismässig ruhiger Lage verharren, gut Freund mit Frankreich, dessen Truppen das Land auch jetzt sehr schonend behandelten, in korrekten Beziehungen zu Oesterreich. Bedeutsame Verhandlungen führte es nach aussen hin in diesem Jahre nicht. Auch Reitzenstein in Paris hatte keine Gelegenheit, etwas für seinen Staat zu erzielen. Während der ersten Hälfte des Jahres fanden wegen des Krieges überhaupt keine politischen Verhandlungen mit den deutschen Kleinstaaten statt, dann erkrankte der Gesandte schwer. Gegen Schluss des Jahres sehen wir ihn wieder in die Unterhandlungen eintreten, aber Wichtigeres kam nicht zur Sprache, badischerseits wurden nur Schritte getan zur Erwerbung des Amtes Oberkirch, des Restes der rechtsrheinischen Besitzungen Strassburgs [1]), das Frankreich Württemberg versprochen hatte, Talleyrand verhiess auch besondere Begünstigung Badens [2]). Ganz anders wurde dies seit dem Moment des Abschlusses des Friedens von Lunéville (9. Februar 1801), seitdem jeder Reichsstand auf alle Art in Paris einen Vorteil für sich durchzusetzen suchte. Jetzt musste auch Reitzenstein wieder mit voller Kraft für Badens Interessen arbeiten. Da er aber immer noch nicht vollständig genesen war, kam zu seiner Entlastung auch Edelsheim Ende Februar für einige Zeit nach Paris. Denn hier bekanntlich lag die Entscheidung über die definitive Regelung der deutschen Angelegenheiten. Im Friedensschluss war über die Entschädigungsfrage keine Verabredung getroffen worden, Napoleon hatte das ausdrücklich für spätere Verhandlungen vorbehalten [3]). Dadurch verschob sich von nun an der Schwerpunkt nach Paris, die andern Grossmächte hatten auf diese Weise weniger Einfluss,

1) P. C. III, 569. Karl Friedrich an Bonaparte, 15. Dezember 1800; Memoire Reitzensteins, 29. I. 1801.

2) P. C. III, 582. Assessor Groos an Edelsheim, Paris, 6. Februar 1801.

3) Correspondance de Napoléon I. Bd. VI. S. 586. Napoleon an Joseph, 21. I. 01.

als wenn die Frage in direkten Verhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich gelöst worden wäre. Die Erniedrigung des heiligen römischen Reiches war soweit gegangen, dass selbst bei seiner wichtigsten Lebensfrage, seiner inneren Gestaltung, auch die beiden grossen Mächte, die seinem Körper angehörten, nur wenig mitzureden hatten. Preussen suchte vergeblich durch seinen angesehensten Staatsmann, den Marquis Lucchesini, tiefer greifenden Einfluss in Paris zu erringen, es begnügte sich daher im wesentlichen damit, seinen eigenen Gewinn sicherzustellen. Und Oesterreich musste nach langem Zaudern eben doch die Bedingungen eingehen, die Napoleon im Bunde mit dem Zaren ihm vorschrieb. Vereint hätten die beiden deutschen Mächte wohl eher die Entscheidung in ihre Hand nehmen oder wenigstens stark beeinflussen können, aber alle Versuche, ein Einverständnis herbeizuführen, scheiterten. Es war ein grosser Vorteil, den diesmal Frankreich gegenüber den Verhandlungen nach dem ersten Koalitionskrieg hatte, dass jetzt ein Mann an seiner Spitze stand, nicht mehr das mehrgliedrige Direktorium, in dem die verschiedenen Einflüsse und Parteirichtungen miteinander rangen. Hatte Napoleon formell noch nicht die ganze Macht, tatsächlich übte er sie völlig allein aus, die andern Konsuln waren, vor allem in der auswärtigen Politik, durch sein überlegenes Genie in den Hintergrund geschoben. Zunächst wartete er noch mit aktivem Eingreifen, er liess der Entwicklung am Reichstag ihren Lauf. Hier handelte es sich darum, in welcher Form das Reich an der Erledigung der Entschädigungsfrage teilnehmen sollte. Schliesslich wurde dem Kaiser auf Antrag Preussens und Bayerns eine derart beschränkte Vollmacht gegeben, dass er sie ablehnte, worauf dann eine achtgliedrige Deputation eingesetzt wurde[1]). Aber bevor diese zu ernsthaften Beratungen schritt, war die Entscheidung gefallen. Frankreich und Russland hatten sich über einen gemeinsamen Entschädigungsplan geeinigt, dem dann in Separatverträgen die wichtigsten Reichsstände beitraten. So erledigten sich die Hauptfragen in Wien, Petersburg, Berlin, vor allem Paris, nur nicht in Regensburg. Zum Vorwand für sein Eingreifen nahm Frank-

1) Ueber diese Vorgänge vgl. F. Friedrich, Politik Sachsens 1801—03. Leipzig 1897, S. 24 ff.

reich die Behauptung, das Gleichgewicht Deutschlands sei durch den Krieg gestört [1]), Frankreichs Bemühungen galten nur seiner Wiederherstellung. Diese sogenannte Wiederherstellung bedeutete natürlich eine Stärkung der antiösterreichischen Partei, um mit ihrer Hilfe die eigene Herrschaft über Deutschland aufrichten zu können. Baden als eines der für Frankreich bedeutsamsten Mitglieder des Reichs, musste daher in erster Linie bedacht werden. Dadurch, dass Toskana und Modena in Lunéville auf Deutschland verwiesen worden waren, war die Notwendigkeit grösserer Säkularisationen gegeben, auf diese Weise hatte Frankreich die Handhabe, seinen Günstlingen grössere Vorteile zukommen zu lassen.

Anfänglich war wieder Reitzenstein der einzige unter den einflussreichen Ratgebern Karl Friedrichs, der für unbedingten Anschluss an Frankreich wirkte. Die badische Politik bewegte sich zunächst in ausserordentlich österreich-freundlichen Bahnen, man hoffte auf diese Weise Oesterreich und Russland für die Haltung während des Kriegs wieder zu versöhnen. Karl Friedrichs reichstreuer Sinn zeigt sich darin, dass er — entgegen Badens eigentlichem Interesse — dafür stimmte, dass dem Kaiser absolute Vollmacht in der Entschädigungsfrage erteilt werde. Doch sehr bald kam infolge seiner Erfahrungen am Wiener Hof selbst Gemmingen von seinen bisherigen Anschauungen ab, in Besprechungen, die er mit Edelsheim im August 1801 in Nymphenburg hatte, riet er zum vollen Anschluss an Frankreich [2]). Jetzt stimmte er ganz mit Reitzenstein darin überein: „que nous ne devions et ne pouvions dans les circonstances présentes ni chercher, ni trouver notre salut autre part que dans l'appui et la protection de la France et que jamais nous n'aurions aucune faveur à attendre de la cour de Vienne de son propre gré". Von Preussen hatte man grosse Versprechungen erhalten, aber Lucchesini verwandte sich nur sehr lau für Badens Interesse, die Feststellung der Höhe der Entschädigung überliess er ganz Frankreich [3]). So kam es, dass Reitzenstein endlich das erreichte,

1) Correspondance de Napoléon I. Bd. VII, S. 337. Exposé de la situation de la république. 22. November 1801. Tratschewsky, a. a. O. S. 418, Morkow an den Zaren, 4. Juni 1802.
2) P. C. IV, 102, Edelsheim an Reitzenstein, 27. X. 1801.
3) P. C. IV, Seite 32, Anm. 1.

was er schon seit mehreren Jahren riet und soweit er es konnte und durfte, auch betätigte: den vollen Anschluss an Frankreich.

Bei seinen Verhandlungen hatte es Reitzenstein verstanden, mit einer Persönlichkeit in nahe Beziehungen zu treten, die bei der Entscheidung der deutschen Frage eine bedeutsame Rolle spielte. Jacques Mathieu hat dem Gesandten viele nützliche Winke über die Pläne der französischen Regierung, viele Ratschläge für die Haltung des Karlsruher Kabinetts gegeben. Wenn man auch annehmen konnte, Mathieu sei nur Talleyrands Organ gewesen, der absichtlich durch ihn Reitzenstein Eröffnungen machen liess, so scheint es doch, dass Mathieu selbständig und zwar indiskreterweise dem Gesandten seine Mitteilungen machte. Denn fast alles, was er von Entwürfen zu berichten wusste, ist später wirklich in die Tat umgesetzt oder wenigstens sehr ernsthaft erwogen worden. Desto wichtiger sind natürlich die Berichte Reitzensteins, die sich auf Aussagen Mathieus berufen können.

Ueber die Haltung des badischen Gesandten lässt sich nichts Genaues mitteilen. Ob er, wie das Gros der Vertreter der deutschen Kleinstaaten, alle die erniedrigenden Mittelchen brauchte, um sich in Talleyrands Gunst einzuschmeicheln, von denen uns Gagern [1]) zu erzählen weiss, darüber können wir nichts Positives und nichts Negatives sagen. Seinem Charakter und seinem Auftreten gegen andere Persönlichkeiten nach zu schliessen, die auch grossen Einfluss auf das Schicksal Badens hatten, wie z. B. gegen Morkow, den russischen Bevollmächtigten, ist ein solches Benehmen seinerseits höchst unwahrscheinlich. Aber die Gunst der leitenden Männer Frankreichs brauchte er dringend. Denn das Geschick Badens war ausserordentlich gefährdet durch den Hass des Zaren Paul, den er sich, Karl Friedrich durch sein Verharren in der Neutralität während des Krieges zugezogen hatte. Der Zar wollte Entschädigung hauptsächlich nur für Bayern und Württemberg. Alle seine Instruktionen an den Pariser Gesandten Kolytschew und seine sonstigen Aeusserungen über die einzuschlagende Politik schwiegen von Baden. In den Verhandlungen mit Frankreich war dem-

1) Gagern, Mein Anteil an der Politik. Stuttgart u. Leipzig 1823.

entsprechend bisher noch kein Wort zu dessen Gunsten gefallen [1]. Aber Paul ging sogar so weit, den rechtsrheinischen Besitzstand Badens zu bedrohen. Der württembergische Gesandte in Paris, Abel, teilte Reitzenstein ein Projekt Pauls mit: Bayern sollte der Grossherzog von Toskana, der bisherige Kurfürst von Bayern dafür Württemberg, das südliche Schwaben, den Breisgau und die obere Markgrafschaft erhalten. Der Herzog von Württemberg sollte mit Münster, Paderborn, Hildesheim und Osnabrück entschädigt werden [2]. War schon an und für sich die Ausführung dieses Planes ganz ausserordentlich unwahrscheinlich, die Ermordung Pauls bewirkte, dass davon nie mehr die Rede war. Durch dies Ereignis gestalteten sich die Aussichten Badens wesentlich günstiger: der neue Zar Alexander I. war Schwiegersohn des badischen Thronfolgers. Allerdings direkt machte sich dies zunächst für Baden noch nicht fühlbar. Aber z. B. die österreichische Politik rechnet sofort mit dieser Verwandtschaft: seitdem ist in ihren Unterhandlungen mit Russland von Entschädigung auch für Baden die Rede, während bisher nur Bayern und Württemberg berücksichtigt worden waren [3]. Das Wichtigste aber war, dass Frankreich jetzt, um Russland durch Baden zu gewinnen, dies in höchstem Masse begünstigte. Dies ist einer der Gründe für den grossen Gewinn, den Baden in den Verträgen der nächsten Jahre erhielt, daneben spielt die persönliche Hochachtung, die Bonaparte für Karl Friedrich empfand [4], die Erkenntlichkeit für das Festhalten am Vertrage [5] während des letzten Krieges mit. Der Hauptgrund liegt aber

1) Tratschewsky, a. a. O. S. 9, 11, 57, 61, 86, 87.

2) P. C. IV, 80. Reitzenstein an Edelsheim, 22.—26. Mai 1801. — Vreede, a. a. O. Bericht Abels, 11. VII. 1801. — Häusser, a. a. O. II, S. 348 und Bailleu, a. a. O. II, S. 37 teilen den Plan in etwas anderer Form mit.

3) Beer, 10 Jahre österreichischer Politik, S. 18 und 24.

4) Ich glaube doch, dass man mit Bignon dieses Motiv etwas höher bewerten darf, als Weech es tut mit seinem Satz: „Aber dahin war es gekommen, dass ein deutscher Fürst sich diese Schmach der französischen Zufriedenheit mit seinem Betragen musste ungestraft ins Gesicht schleudern lassen". (Baden unter den Grossherzogen etc., S. 22).

5) Boulay de la Meurthe, Revue d'histoire diplom. Bd. VI, S. 306, Tratschewsky, a. a. O. S. 437, Talleyrand an Hédouville, 6. VI. 1802.

in der Wiederaufnahme des Sieyès'schen Planes der Bildung einer dritten Macht in Deutschland als Gegengewicht gegen Oesterreich und Preussen. In diesem dritten Staatsgebilde wollte Napoleon nicht die unbedingte Vorherrschaft eines einzigen Staats, deshalb erhielten alle drei Hauptstaaten Süddeutschlands ziemlich gleichmässigen Zuwachs. Besonders Baden erzielte verhältnismässig weitaus den grössten Gewinn, weil es unmittelbar an Frankreich stiess und so am leichtesten zu beherrschen war. War Baden daher stark, aber doch nicht so stark, dass es sich hätte emanzipieren können vom französischen Druck (alle so weit zielenden Anträge auf Vergrösserung wurden deshalb abgeschlagen), so war es eine Brücke für den französischen Einfluss auf diesen Rheinbund und damit auf das ganze deutsche Reich. Frankreich konnte daher von seinem Standpunkt aus mit Recht behaupten, dass die Vergrösserung Badens im Interesse des gesamten Staatensystems liege [1]).

Alle diese Gründe zusammen bewirkten es, dass Reitzenstein bei seinen Anträgen in Paris so grosse Bereitwilligkeit fand, und wahrlich, ebenso wie 1796, bescheiden waren sie auch diesmal nicht. Aber die französische Regierung war von Anfang an entschlossen, über das im Separatfrieden von 1796 festgesetzte Mass weit hinaus zu gehen. Wie Mathieu Reitzenstein mitteilte, war am 9. März 1801 dem ersten Konsul ein von Talleyrand gebilligter Entschädigungsplan [2]) vorgelegt worden, der ganz den Hoffnungen des Gesandten entsprach. Darnach sollten die geistlichen, neufürstlichen, reichsgräflichen, reichsritterlichen und reichsstädtischen Territorien den ihnen zunächst liegenden altweltfürstlichen Häusern unterworfen, Oesterreich sollte aus Schwaben entfernt werden, daher der Breisgau nicht an Modena, sondern an Baden fallen. Ausserdem sollte Baden noch die Ortenau, die rechtsrheinischen Waldstädte, das Hanau-Lichtenbergische, Lahr und Geroldseck und den links der Kraich gelegenen Teil des Oberamts Bretten als Eigentum erhalten, dazu noch die Landeshoheit über die rechtsrheinischen Teile von Basel, Strassburg und Speyer, über Bonndorf, Heitersheim, die drei Reichsstädte Offenburg, Gengenbach, Zell am Harmersbach und

1) Tratschewsky a. a. O. S. 429, Talleyrand an Kurakin, 6. VI. 02.

2) P. C. IV, 69, geheime Note Reitzensteins, Paris, 31. März 1801.

die Ortenauische Reichsritterschaft. Damit wäre eine kompakte, starke Ländermasse aus dem bisher zerrissenen Gebiet geworden. Wenn auch Reitzenstein über diese Absichten der französischen Regierung höchst erfreut war, seine Wünsche gingen sofort noch weiter. Die Last, die an den territorialen Gewinn geknüpft werden sollte, die Entschädigung der elsässischen und ortenauischen Reichsritterschaft, suchte er möglichst abzuwenden, die blosse Territorial-Subjektion der Bistümer will er in volles Eigentumsrecht verwandelt wissen.

Im Fortgang dieser Verhandlungen wird das Verhältnis zu Russland von besonderer Wichtigkeit. Denn hatte auch Frankreich immer die eigentliche Initiative und Entscheidung, der Zar blieb doch ein Faktor, mit dem der erste Konsul aus Rücksicht auf seine sonstige auswärtige Politik, vor allem in Hinsicht auf England, stark rechnen musste. Seine Zustimmung zu der begehrten Entschädigung einzuholen, musste deshalb eine der Hauptmaximen des badischen Kabinetts sein. Gleich nach der Thronbesteigung Alexanders wurde daher der Oberstkammerherr von Geusau nach Petersburg abgesandt, um die Glückwünsche Karl Friedrichs zu überbringen und um des neuen Zaren Beistand zu den Plänen Badens zu gewinnen. In Geusaus Instruktion [1]) zuerst tauchen zwei Gedanken auf, deren Verwirklichung man damals kaum zu hoffen wagte, die dann wieder lange Zeit unerörtert blieben und schliesslich durchgesetzt wurden: die Erhebung zur Kur und die Erwerbung der ganzen rechtsrheinischen Rheinpfalz. Den links des Rheins gelegenen Teil seiner pfälzischen Besitzungen hatte Bayern ja schon an Frankreich abtreten müssen. So konnte es leichter dazu bewogen werden, auch auf den Rest der Pfalz gegen eine Entschädigung durch Gebiete, die sein Kernland abgerundet hätten, zu verzichten. Eine genügende Anzahl solcher Territorien im bayrischen und fränkischen Kreis stand aber bei dem beschränkten Mass der Säkularisation, mit dem man damals noch rechnete, nur dann zur Verfügung, wenn Frankreich nicht mit seinem Wunsch durchdrang, den depossedierten Grossherzog von Toskana in Süddeutschland zu entschädigen. Reitzenstein hoffte auf Russlands Hilfe, um diesen Plan der französischen Regierung

1) P. C. IV, 158.

zu vereiteln. Den Wünschen des Wiener Hofs hätte es ebenfalls entsprochen, wenn der Grossherzog in Italien geblieben wäre, die Stellung Oesterreichs in Oberitalien wäre dadurch doch wesentlich verstärkt worden. Die Aussichten, die Pfalz für Baden gewinnen zu können, schienen demnach gute zu sein. Ausserdem wünschte Reitzenstein, der Verfasser der Instruktion, noch die mainzischen Aemter Heppenheim, Bensheim, Amorbach und Miltenberg, d. h. eine Ausdehnung Badens bis an den Main. Nur so, meint er, käme ein Staat zu Stande, der gross genug sei, die Kurwürde zu erhalten. Denn auch die französische Regierung war der Ansicht, dass die Kur nur durch starke Vergrösserung des Landes ermöglicht werde [1]). Von den andern Ansprüchen Badens, speziell vom Breisgau, schweigt Reitzenstein vollständig. Er glaubte eben wohl — denn damals dachte selbst er noch nicht an einen so enormen Gewinn, wie man ihn tatsächlich erreichte —, dass man entweder nur die ganze rechtsrheinische Pfalz oder die südlichen Gebiete und dann nur einen Teil der Pfalz werde erhalten können; und auf die ersters legte er, wie er ein Jahr später sagte, „cent mille fois" mehr Gewicht.

Es war allerdings nötig, dass Baden sich durch einen eigenen Abgesandten in Petersburg in Erinnerung brachte, bisher hatte auch der neue Zar noch nichts zu seinen Gunsten getan. Auch Geusau konnte kaum mehr als freundliche Redensarten erreichen. Dies änderte sich, als auf Einladung des Zarenpaars die Eltern der Zarin, der Erbprinz, der wieder in seinen alten Rang in der russischen Armee eingesetzt wurde, und die Erbprinzessin von Baden, nach Petersburg kamen. Auf deren Bemühungen hin ergingen am 28. September 1801 Befehle des Vizekanzlers, Fürsten Kurakin [2]), an die russischen Gesandten in Wien, Paris und Regensburg, die badischen Ansprüche zu unterstützen. Schon vorher, am 4. September, hatte der Zar persönlich dem Botschafter in Paris den Befehl erteilt, an Bonaparte seinen Wunsch zu übermitteln, dass Baden einen Ersatz seiner Verluste erhalte [3]). Besonders bei dieser Persönlichkeit bedurfte es einer solchen formellen Ordre, um sie für Badens Interesse günstiger zu stimmen. Graf Morkow hielt in noch

1) Tratschewsky, a. a. O. S. 438.
2) P. C. IV, 184, 185, 186.
3) Tratschewsky, a. a. O. S. 185.

höherem Masse wie sein Vorgänger Kolytschew mit unglaublicher Zähigkeit an den ihm von früher her vertrauten Maximen der russischen Politik fest. Ganz im Sinne Pauls I. wollte er für Baden, das es gewagt hatte, gegen den Wunsch seines Herrn im Kriege mit Frankreich neutral zu bleiben, kein gutes Wort einlegen. Den Hass, den der frühere Zar auf den Markgrafen geworfen hatte, hegte sein Diplomat noch aus vollstem Herzen. Und ganz besonders auf ihn trifft die Charakteristik zu, die Bignon von dem gesamten damaligen russischen diplomatischen Korps gibt[1]: „Le corps diplomatique qu'il (Alexander) trouve en activité, souple et docile sous la main de fer de Paul, devient un corps indiscipliné dont chaque membre avait ses amitiés et ses haines." Zu diesen „haines" Morkows gehörte eben Baden, zu seinen „amitiés" vor allem Oesterreich, in zweiter Linie Württemberg: denn Morkow gehörte zur Partei der Kaiserin-Witwe, einer württembergischen Prinzessin. Wären nicht die Pläne der französischen Regierung so ausserordentlich günstig für die Markgrafschaft gewesen, Russland hätte dank Morkows Verhalten nicht einmal eine ausreichende Entschädigung für seinen Verwandten durchgesetzt. Aber es war das Glück Badens, dass Bonaparte und Talleyrand vollkommen die Entscheidung behielten, dass alles Sträuben Morkows, das er trotz der ausdrücklichen Gegenbefehle seines Hofes fortsetzte, vergeblich war. Reitzenstein, seit seiner Krankheit stark nervös, bricht öfters nach seinen Unterredungen mit ihm in seinen Berichten an Edelsheim in die energischsten Kraftausdrücke aus — „un homme qui ne connait qu' intrigue et interêt pécuniaire"[2]), ist noch eine der schwächeren Bezeichnungen, die er ihm zuteil werden lässt.

Es kostete schon Mühe, ihn zur Anerkennung der 1796 stipulierten Entschädigungen zu bringen. Hinter Morkow stand eine offenbar sehr mächtige Partei am russischen Hofe. Denn obwohl der Erbprinz in Petersburg ein Memoire überreichte, in dem gerade das Ungenügende der Bestimmungen von 1796 und die Notwendigkeit weiterer Zugeständnisse hervorgehoben war[3]), legte auch Rasumowsky, der russische Botschafter in Wien,

1) Bignon, a. a. O. S. 195.
2) P. C. IV, 118. 27. II. 1802.
3) P. C. IV, 175.

einen Entschädigungsplan vor, der nur die genannten Gebiete an Baden geben wollte [1]). Aber selbst dies schien schon dem Wiener Hof zu viel [2]), das Bistum Speyer wollte er noch abziehen. Er hielt eben an dem Prinzip fest, dass die Fürsten, die Verluste auf dem linken Rheinufer erlitten hatten, dafür entschädigt werden sollten, aber nur genau in dem Masse des Verlustes, neue Gewinne sollten sie nicht machen [3]). Auf diese Weise hoffte man noch der allgemeinen Säkularisation vorzubeugen, vor allem die geistlichen Kurfürsten zu retten und so die alte Verfassung des Reichs zu erhalten.

Es war also wirklich nur Frankreich, das den gewaltigen Umsturz durchsetzte, und nur ihm hat Baden den grossen Gewinn zu verdanken, den es aus dem allgemeinen Schiffbruch zog. Selbstverständlich wussten auch die französischen Unterhändler dies ins richtige Licht zu setzen, immer und immer wieder betonten sie es Reitzenstein gegenüber, wie nur sie für Badens Vorteil stritten, wie sie alles den Vertretern der fremden Staaten geradezu entreissen mussten, was sie an Baden geben wollten. Sie erreichten auch ihren Zweck. Karl Friedrich blieb seitdem ein getreuer Bundesgenosse der französischen Politik, andererseits hatte aber auch der badische Staatsmann sich nicht verrechnet, dank des Anschlusses an Frankreich verdreifachte sich das Gebiet des Markgrafen.

Die provisorische Einigung zwischen Russland und Frankreich erfolgte am 10. Oktober 1801. In dieser Konvention wurde in Bezug auf die süddeutschen Verhältnisse festgesetzt, dass Bayern und Württemberg für ihre Verluste entschädigt werden sollten. Zu Gunsten Badens hatte Morkow trotz der Anweisungen des Zaren keinen Schritt getan. Talleyrand gab erst eine Zusatzdeklaration ab, wonach dasselbe wie für die beiden Staaten auch für Baden gelten sollte [4]), — auch dies wieder ein Beweis, dass nur durch Frankreichs Gunst Baden seinen Vorteil erzielt hat. Seit dieser Konvention beginnen eigentlich erst die Detailverhandlungen zwischen Talleyrand, Morkow und Reitzenstein

1) P. C. IV, 41. 8. November 1801.
2) Beer, Arch. f. ö. Gesch., LII, S. 534: Observations sur les tableaux présentés par le comte de Razoumowsky, 10. November 1801.
3) Beer, a. a. O., S. 528.
4) P. C. IV, 97 und Tratschewsky, a. a. O. S. 259.

Bis dahin hatte der erste Konsul [1]) sie vermieden, um nicht die Erledigung der Hauptfragen zu erschweren. Aber mit Bayern war bereits ein Abschluss erfolgt, mit andern Staaten stand Frankreich in Unterhandlungen, so war es höchste Zeit für Reitzenstein, die Interessen seines Landes zu wahren.

Bonaparte beabsichtigte, mit Baden ein Separatabkommen zu schliessen, in dem die Höhe der Entschädigung festgesetzt werden sollte. Auch jetzt noch legte Morkow dem badischen Gesandten Hindernisse in den Weg, wo er nur irgend konnte. Anfänglich war Reitzensteins Hauptziel die Erwerbung des Breisgaus. Die Aussichten dazu schienen günstig zu stehen. Gemmingen berichtete aus Wien [2]), der Herzog von Modena und sein Schwiegersohn, Erzherzog Ferdinand, weigerten sich standhaft, das Land anzunehmen. Diese Nachricht beruhte vollkommen auf Wahrheit. Schon [3]) vor Abschluss des Lunéviller Friedens, im Oktober 1800, dann wieder im Januar 1801, hatten beide in ausführlichen Denkschriften an den Kaiser den Breisgau als völlig ungenügende Entschädigung bezeichnet. Graf Cobenzl hatte vergebliche Anstrengungen gemacht, in seinen Verhandlungen mit Josef Bonaparte die Beibehaltung des Herzogs in Italien durchzusetzen. Napoleon verbot seinem Bruder jedes Unterhandeln hierüber, die Depossedierung und Entschädigung des Herzogs sei schon in Campo Formio festgesetzt worden [4]). Der Kaiser musste sich fügen, und im Artikel IV wurde einfach der Artikel XIII des Friedens von 1797 erneuert. Aber Modena wollte sich noch nicht in sein Schicksal ergeben. In einer Denkschrift vom 7. März 1801 an Kaiser Franz erklärt der Herzog: „Comme je reconnais ne devoir qu'à la violence de l'ennemi la perte de mes Etats, je n'entends que de céder à la force pour le moment me réservant et pour moi et pour mes successeurs les droits qui me sont competents pour revendiquer les dits Etats en tout temps et toute fois que l'occasion favorable puisse se présenter." Auch die Sendung eines eigenen Abgesandten des

1) Vgl. Mathieu's Bericht P. C. IV, 98, Reitzenstein an Edelsheim, 10.—15. Oktober 1801.
2) P. C. IV, 55, Gemmingen an Edelsheim, 9. II. 1802.
3) Das Folgende beruht auf Akten im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Fasc.: Abtretung des Breisgaus und der Ortenau an Modena.
4) Du Cassa, a. a. O. II, S. 218. Talleyrand an Joseph, 9. I. 1801.

Kaisers an den Herzog, des Grafen Baldasseroni, fruchtete nichts. Der Hauptgrund der Weigerung war der grosse Unterschied der Einkünfte. Nach einem Memoire Erzherzog Ferdinands hatten die italienischen Besitzungen des Herzogs, Modena, Massa und Carrara, ca. 1 050 000 fl eingetragen, während der Breisgau noch nicht 150 000 fl. abwarf. Modena beharrte deshalb bei seiner Weigerung, Oesterreich hatte den Breisgau an Modena abgetreten, das Land war also wirklich herrenloses Gut, wenn nicht Oesterreich seine alten Rechte wieder geltend machte. Dies wollte Frankreich nicht zulassen, seine Truppen blieben deshalb in dem unglücklichen Lande und sogen es noch weiter aus. Was lag da näher, als den Breisgau an den Staat zu geben, für den sein Besitz eine wirkliche Lebensfrage bedeutete, also an Baden! Wie weit die Behauptung der Franzosen zutraf, dass Oesterreich nichts dagegen habe, dass der Breisgau der Markgrafschaft einverleibt werde, vermag ich nicht festzustellen. Mathieu jedenfalls äusserte sich Reitzenstein gegenüber in einer Unterredung, die er offenbar im Auftrage Talleyrands mit ihm hatte, er glaube, Oesterreich werde keine Schwierigkeiten machen, den Breisgau auch an einen andern Fürsten als den Herzog von Modena abzutreten. Er forderte jetzt Reitzenstein zu formellen Verhandlungen auf und riet zu einer Note, in welcher der Breisgau für den Fall, dass Oesterreich auf ihn verzichten wolle, für Baden gefordert werde[1]) Wie gern der Gesandte hierauf einging, wie grossen Wert er auf die Erwerbung des Breisgaus legte, zeigen uns seine Worte, mit denen er sie als „seul moyen de donner à notre pays la contiguité qui lui manque" bezeichnet. Eine Unannehmlichkeit fand er dabei: im Breisgau existierten noch die alten Stände, in Baden waren sie längst beseitigt, so wäre eine Ungleichheit zwischen den Teilen des Landes entstanden, denn damals hielt er es noch für völlig unmöglich, die Stände aufzuheben. Aber gegenüber den Vorteilen, welche die Erwerbung des Landes mit sich brachte, stand für ihn diese Unbequemlichkeit weit zurück.

Durch die neuen Verhandlungen hoffte Reitzenstein alle unangenehmen Bestimmungen des Friedens von 1796 beseitigen zu können, vor allem die Abtretung rechtsrheinischen Gebiets,

1) P. C. IV. 106. Reitzenstein an Edelsheim, 20.—27. XI. 1801.

die ja auch durch den Frieden von Lunéville unmöglich geworden war, und die Zahlung der Kontribution, die Moreau Baden auferlegt hatte. Territoriale Vorteile hoffte er genau in dem Masse erzielen zu können, wie sie das französische Projekt vom 9. März [1]) vorgesehen hatte. Er selbst bezeichnet dies allerdings mehr als „Wünsche" denn als „Pläne". Seine letzte Forderung ist, Baden solle im Fall, dass Württemberg, Hessen Kassel, Oranien und Toskana Kurfürsten würden, denselben Rang erhalten, ein Wunsch, dem Mathieu mit grosser Bereitwilligkeit entgegenkam. Schon im Mai hatte Talleyrand ohne jeden dahinzielenden Antrag Reitzensteins dies erwogen. Denn die Errichtung eines neuen protestantischen Kurstaates musste natürlich den österreichischen Einfluss schwächen, sie lag daher ganz im Interesse Frankreichs. In einem Brief an Joseph erklärt der Minister, das Kurfürstentum Trier müsse aufhören zu existieren, Baden solle seinen Rang übernehmen [2]). Cobenzl hatte sich damals energisch gegen diese Idee verwahrt.

Gemäss seinem Antrag wurde Reitzenstein von Karlsruhe aus offiziell mit der Eröffnung der Verhandlungen über einen neuen Vertrag beauftragt. Seine Instruktion [3]) ist genau nach seinem Bericht ausgefertigt, dieselben Gebiete sind in Aussicht genommen, als Mindestmass wird als Zusatz zu dem alten Vertrag Oberkirch gefordert. Auf die Arrondierung im Norden wird „der mehreren Convenienz wegen" mehr Gewicht gelegt als auf den Breisgau. Natürlich soll Reitzenstein auf die Gewinnung beider Gebiete mit allen Kräften hinarbeiten, aber ist beides gleichzeitig unmöglich, so ist die Pfalz vorzuziehen. Es ist auffallend, dass der Geheime Rat ebenso wie Reitzenstein diesen nördlichen Gebieten den Vorzug gab gegenüber dem Breisgau, der eine Verbindung mit den altbadischen Landen am Bodensee und mit der oberen Markgrafschaft hergestellt hätte. Dabei mag wohl neben der Rücksicht auf die grössere Ertragsfähigkeit des Landes und vielleicht auch neben konfessionellen Bedenken die Erwägung ausschlaggebend gewesen sein, dass sich eine so gün-

1) Vgl. S. 31 f.

2) Du Casse, a. a. O. II. S. 366. Nach Tratschewsky, a. a. O. S. 149, Kolytschew an den Zaren, 22. I. 1801 hatte Joseph für Uebertragung der Trierer Kur an Toskana, nicht an Baden, gewirkt.

3) P. C. IV, 111, 30. I. 1802.

stige Gelegenheit, diese Teile der Pfalz zu erwerben, wahrscheinlich nie mehr bieten würde, während man dies vom Breisgau eher hoffen konnte. Es war unwahrscheinlich, dass, wenn auch jetzt Modena im Besitz des Landes blieb, Frankreich auf die Dauer die österreichischen Gebiete in Südwestdeutschland dulden würde. Die Instruktion ermächtigte also Reitzenstein, ganz nach seinen eigenen Anschauungen in Paris vorzugehen. Sie bewilligte auf seinen Antrag 4000 Louisdor als „diplomatische Präsente". Später hat Baden allerdings noch weit tiefer in die Tasche greifen müssen. Zunächst scheint Reitzenstein keinen Gebrauch von diesem Geld gemacht zu haben, er beschränkte sich auf grosse Versprechungen. Erst nach dem Zustandekommen des Reichsdeputationshauptschlusses händigte er die Präsente aus: aus den 4000 Louisdor sind dann fast 500 000 fl., also mehr als das fünffache, geworden [1]). Den Hauptteil davon haben Talleyrand und Mathieu bekommen, aber die Ausgabe hat sich auch gelohnt, dank der Bemühungen der beiden fiel die Entschädigung so glänzend aus.

Gleich in seiner ersten Unterredung mit Talleyrand am 17. Februar 1802 [2]) wurde Reitzenstein eröffnet, dass der erste Konsul ausserordentlich günstige Absichten mit Baden habe, dass er semetwegen unter Umgehung Morkows, der hätte Schwierigkeiten machen können, einen Brief nach Petersburg senden wolle, in dem er dem Zaren seine Absicht mitteilte, Baden eine Vergrösserung und die Kur zukommen zu lassen. Es war ein geschickter Schachzug Bonapartes, den Brief so abzufassen, dass es schien, als ob die Festsetzung der Entschädigung ganz vom Zaren abhänge, als ob sich deren Höhe nur nach seinem Wunsch richtete. Alexanders Eitelkeit musste dadurch geschmeichelt werden, dass er scheinbar die Initiative behielt, die in Wahrheit doch ganz bei dem ersten Konsul und seinem Minister ruhte. Um den Zaren in diesem Irrtum zu bestärken, gab Frankreich auch den Gedanken eines Separatabkommens mit Baden auf: Russland und Frankreich sollten einseitig die Höhe der Entschädigung bestimmen, das Reich konnte der Vereinigung beider Mächte unmöglich widerstehen. Der Umstand, dass der erste Konsul selbst an den Zaren schrieb, beweist, dass von jetzt an

1) P. C. IV, 227

2) P. C. IV, 114. Reitzenstein an Edelsheim, 17. Februar 1802.

die Erledigung der deutschen Frage energischer betrieben werden sollte. Grund dazu war die Nachricht, dass Alexander und der König von Preussen sich in Memel treffen wollten. Vor dieser Zusammenkunft wollte Napoleon die deutschen Angelegenheiten entschieden wissen, damit nicht eventuell dort sich beide Mächte über ein Verhalten einigen konnten, das nicht im Interesse Frankreichs gelegen hätte.

Wenn der Brief [1]) auch nicht ganz so günstig ausfiel, wie Talleyrand es dargestellt hatte, immerhin war darin doch klar eine Begünstigung Badens in Aussicht genommen. Diese vorteilhafte Stimmung benutzte Reitzenstein, um seine Anträge wegen des Breisgaus und der Pfalz zu stellen, doch erhielt er darauf weder Bejahung, noch unbedingte Verneinung; es sei noch zu früh, in solche Detailverhandlungen einzutreten, erst müsse der Zar angeben, welchen Bevölkerungszuwachs er für Baden wünsche. Aber in demselben Bericht, in dem der Gesandte diese Eröffnung Talleyrands an Edelsheim übermittelte [2]), konnte er von einem Plan der französischen Regierung schreiben, den ihm offenbar wieder Mathieu mitgeteilt hatte, wonach das ganze Gebiet von Basel bis Mannheim für Baden bestimmt war. Seine Freude hierüber war gross, wie die Worte seiner Depesche zeigen: falls man noch den rechts des Neckars gelegenen Teil der Pfalz und die Waldstädte, die in dem Plan merkwürdigerweise ausdrücklich ausgenommen waren, fordere, so habe man „entièrement épuisé tout ce qui serait possible — je ne dis pas — d'obtenir, mais seulement de mettre en avant, sans exciter contre nous la rumeur générale de toutes les puissances de l'Allemagne."

Aus dieser rosigen Stimmung wurde er sofort wieder gestürzt durch eine Unterredung, die er mit Morkow am 22. Februar hatte [3]). Dieser hatte an Talleyrand denselben Antrag gerichtet, den Rasumowsky im November an Cobenzl gestellt hatte: als Entschädigung für Baden die 1796 festgesetzten Gebiete zu bewilligen. Aber während dies in Wien sogar noch für zu hoch befunden worden war, musste Morkow Reitzenstein mitteilen,

1) Correspondance de Napoléon I, Bd. VII, S. 384. 16. II. 1802.
2) P. C. IV, 114. 17. Februar 1802.
3) P. C. IV, 117, 118, 119. Reitzenstein an Edelsheim, 26. bis 28. II. 1802.

dass Talleyrand diesen Entwurf für ungenügend erklärt habe, Frankreich wolle dem Markgrafen mehr zugestehen [1]. Wenn auch der badische Gesandte hieraus ersehen konnte, dass die französische Regierung gewillt war, die gemachten Versprechungen zu erfüllen, so musste ihm doch der Umstand, dass Morkow sich noch immer der Begünstigung Badens widersetzte, äusserst beunruhigend sein. Was Reitzenstein am meisten aufbrachte, war die Rechtfertigung, die Morkow für sein Verhalten gab: dadurch, dass er so wenig für Baden beantragte, habe er die Unparteilichkeit Russlands beweisen wollen. Die Unparteilichkeit des Zaren war es durchaus nicht, was Reitzenstein wünschte, im Gegenteil, er und sein Hof hofften dringend auf aktives Eingreifen Alexanders zu Gunsten seines Verwandten. Und in der Tat, der Zar war hierzu geneigt. Mehrfach haben seine Gesandten dahingehende Befehle erhalten, er selbst schrieb an Karl Friedrich einen Brief, in dem er seine Unterstützung zusagte [2], auf den privaten Brief Bonapartes vom 16. Februar antwortete er, er würde für eine Vergrösserung Badens sehr dankbar sein [3]. Auf selbständige Aufstellung und Detaillierung einer Entschädigung für Baden verzichtete er allerdings, denn verweist er Morkow ganz auf Reitzensteins Erklärungen [4]. Aber alle seine guten Absichten wurden zunichte gemacht durch das Verhalten seines Gesandten. Um so wichtiger war es für Baden, mit Frankreich auf gutem Fuss zu bleiben. Denn ausser der Feindschaft Morkows musste man noch der Rivalität der andern süddeutschen Höfe begegnen, die, wie Bayern und Württemberg, in ganz anderem Masse von dem Russen protegiert wurden. Ein Glück war es daher für Baden, einen so gewandten Unterhändler wie Reitzenstein zur Verfügung zu haben.

Am 16. März wurde er von Napoleon aufgefordert, eine eingehende Aufstellung seiner Forderungen einzureichen. Talleyrand selbst sagte ihm, er solle seine Ansprüche stellen „avec la supposition à la vérité que la maison de Bade devait être

---

1) Tratschewsky, a. a. O. S. 337, Morkow an Kotschubey, 15. II. 1802.

2) P. C. IV, 125, 26. III. 1802.

3) Tratschewsky, a. a. O. S. 370.

4) Tratschewsky, a. a. O. S. 380, Reskript an Morkow, 31. III. 1802.

traitée d'une manière particulièrement favorable" Das hiess natürlich viel fordern, aber er sollte in realisierbaren Grenzen bleiben [1]) Reitzenstein liess sich das nicht zweimal sagen, seine Denkschrift [2]), die er noch am selben Tag ausarbeitete, enthielt denn auch alle Forderungen, die aufzustellen er für irgend möglich gehalten hatte, d. h. ausser den Enklaven die ganze rechtsrheinische Pfalz, die oben erwähnten mainzischen Aemter, den Breisgau und die Ortenau, dazu die Kur, falls einige andere Fürsten sie ebenfalls erhalten sollten. In höflichen Worten fügte er hinzu, dass Baden nicht daran denke, einen anderen Reichsfürsten schädigen zu wollen, nur für den Fall, dass diese Gebiete in die Masse des zur Entschädigung Bestimmten fielen, fordere er sie für seinen Herrn [3]). In einer erläuternden Note an Talleyrand [4]) stellt er noch einige weitergehende Wünsche auf. für das abgelegene Konstanz will er die fürstenbergische Herrschaft Hausen im Kinzigtal eintauschen. Eigenartig nimmt sich zwischen allen diesen Forderungen, die ja die Verluste Badens so ausserordentlich überstiegen, dass man von Gerechtigkeit nicht mehr gut reden kann, die Auseinandersetzung aus, dass Baden einen rechtlichen Anspruch auf den Breisgau habe. Schon früher [5]) hatte Reitzenstein behauptet, und später [6]) tat er es nochmals, dies Land sei rechtswidrig an die Habsburger gekommen, Baden habe seinen Verlust nie anerkannt. Von solchen Rechtsansprüchen, vor allem von so zweifelhaften, konnte bei den damaligen Zeitläuften wirklich keine Rede sein. Die Gebiete wurden eben verteilt, je nachdem der Empfänger Frankreich mehr oder minder genehm war. Auch nur den geringsten Eindruck konnten solche Ausführungen nicht machen.

Gleichzeitig legte Reitzenstein ein „Tableau progressif" vor, in dem er nach Zahl der Bevölkerung sechs verschiedene Stufen aufstellte, je nach dem Grade, in dem Baden begünstigt werden sollte. Die kleinste [7]) hatte nach seiner wohl absichtlich zu tief

1) P. C. IV, 124. Reitzenstein an Edelsheim, 19. III. 1802.
2) P. C. IV, 121, Reitzenstein an Edelsheim, 16. III. 1802.
3) An anderer Stelle (P. C. IV, 131) bezeichnet er selbst diese Forderungen als „le non plus ultra de ce que nous pouvons désirer".
4) P. C. IV, 123, 17. III. 1802.
5) P. C. III, 91, 24. I. 1798.
6) P. C. IV, 136, Reitzenstein an Morkow, 7. V. 1802.
7) D. h. Speyer, Strassburg, Basel, Hanau, Lichtenau und Will-

gegriffenen Berechnung Baden einen Zuwachs von 46 000, die grösste[1]) einen solchen von 283 000 Seelen gebracht. Obwohl seine Instruktion so lautete und es auch seine eigene Ansicht war, eher auf der Pfalz als auf dem Breisgau zu bestehen, nimmt er die Erwerbung des letzteren schon in der zweiten Stufe in Aussicht. Dies ist wohl durch die Eröffnung Mathieus[2]) herbeigeführt worden, dass Cobenzl selbst den Artikel, der den Breisgau für Modena bestimmte, als nichtig erklärt habe. Dadurch war wieder Oesterreich selbst Nachbar Frankreichs, so wuchs die Wahrscheinlichkeit für Baden, das Land zu gewinnen. Mathieu, der vom ersten Konsul beauftragt war, ein Gutachten über die badische Entschädigung einzureichen, versprach nach anfänglichem Sträuben, ausser dem Breisgau auch den links des Neckars gelegenen Teil der Pfalz zu beantragen. In einer zweiten Besprechung mit Mathieu[3]) machte dieser dem Gesandten Hoffnung, dass ausser den Enklaven, die bereits gesichert seien, auch der Breisgau und die Ortenau an Baden kommen würden. Es komme nur noch darauf an, die Zustimmung des ersten Konsuls zu erlangen. Betreffs der Pfalz war der Eindruck, den Reitzenstein von Mathieus Aussagen erhielt, dass die französische Regierung zwar günstig gesinnt sei, dass aber doch die Erwerbung sehr zweifelhaft sei. Falls sie sich aber als unmöglich herausstellen sollte, so sei der Breisgau um so sicherer.

Mit diesen Versprechungen begab sich Reitzenstein zu Morkow, um auch dessen Zustimmung dazu durchzusetzen. Hier stiess er wieder anfänglich auf den alten Widerstand, der aber nach erregter persönlicher Auseinandersetzung schwächer wurde[4]). Morkow hatte noch einmal von seinem Hofe die ausdrückliche Weisung erhalten, Baden zu unterstützen, allerdings mit der Einschränkung, falls Badens Ansprüche ein Hindernis in der Erledigung der deutschen Frage bieten würden, so müssten sie fallen gelassen werden[5]). Es war schon ein grosser Fortschritt,

stadt, Lahr, Hohengeroldseck, ein Teil von Bretten, die Ortenau, Offenburg, Gengenbach, Zell a. H. und die Abtei Gengenbach.

1) Dazu der Breisgau, Bonndorf, die ganze rechtsrheinische Pfalz, Heppenheim und Bensheim.

2) P. C. IV, 124. Reitzenstein an Edelsheim, 19. III. 1802.

3) P. C. IV, 131. Reitzenstein an Edelsheim, 20.—25. April 1802.

4) P. C. IV, 139, Reitzenstein an Edelsheim, 11.—15. Mai 1802.

5) Tretschowsky, a. a. O. S. 380, Reskript an Morkow.

dass Morkow Reitzenstein aufforderte, ihm eine Denkschrift über seine Ansprüche zu überreichen. Bis dahin hatte er dies stets abgelehnt unter dem Vorwand, der geeignete Augenblick zu Unterhandlungen sei noch nicht gekommen. Dies konnte er jetzt nicht mehr vorbringen, seitdem nach dem Frieden zu Amiens, durch den Frankreich gänzlich freie Hand bekommen hatte, die Entscheidung der deutschen Angelegenheiten mit Hochdruck betrieben wurde. Am 6. Mai übergab Reitzenstein dem russischen Gesandten die gewünschte Denkschrift [1]), er fand ihn wesentlich günstiger gestimmt; er vermutete, infolge einer Rücksprache, die Bonaparte am Tage vorher mit Morkow gehabt hatte. Der Russe wollte jetzt die Kur für Baden bewilligen und schlug 150 000 Seelen Zuwachs vor. Reitzenstein fasste dies irrtümlich so auf, dass die zweite Stufe seines Tableau, d. h. die Enklaven und der Breisgau gemeint seien, die ungefähr so viel betrugen. Daraus schloss er, dass deren Erwerbung gesichert sei, legte deswegen jetzt um so grösseren Nachdruck auf die Pfalz und die mainzischen Oberämter und suchte die Erwerbung des Breisgaus und der Ortenau als ziemlich unwichtig hinzustellen. Morkow kam ihm hierbei entgegen, indem er einen Ausspruch Cobenzls anführte, der Breisgau sei nur eine „misère“. Scheinbar ging der Russe auf alles ein, versprach seine Unterstützung, aber, wie Talleyrand Reitzenstein später mitteilte, verharrte er hinterrücks in seinem alten Benehmen. Er bemühte sich jetzt vornehmlich für Württemberg, den österreichfreundlichsten der drei süddeutschen Hauptstaaten.

Besonderen Eindruck hatte Reitzenstein dadurch auf Morkow zu machen gesucht, dass er auseinandersetzte, es läge im eigenen Interesse Bayerns, anstatt der Pfalz eine Entschädigung zu nehmen, die sein Gebiet arrondiere, — eine Behauptung, die, wie Mathieu ihm einige Tage später mitteilte, völlig zutraf; der bayrische Gesandte selbst, Cetto, hatte dahingehende Wünsche geäussert. Bayern konnte selbständiger werden, wenn es ein mächtiges, abgerundetes Gebiet erhielt, wenn es nicht mehr an Frankreich stiess, das bisher seine Hand jederzeit bequem nach ihm hatte ausstrecken können. Damit wuchs die Wahrscheinlichkeit, die Pfalz zu erwerben. Hatte Reitzenstein bisher sich

31. März 1802.

1) P. C. IV, 135, 6. Mai 1802 und P. C. IV, 136, 7. Mai 1802.

damit begnugt, dass Mathieu ihm den südlich des Neckars gelegenen Teil zugesagt hatte, so forderte er jetzt, sobald er die günstigen Aussichten erkannte, die ganze rechtsrheinische Pfalz Er setzte Mathieu auseinander, wie geeignet Mannheim sei, Hauptstadt Badens zu werden, als die grosste Stadt des Gebietes, dass aber die Residenz doch nicht so nah an der Grenze liegen dürfe und dass deshalb die ganze Pfalz an Baden kommen musse Er ubersah freilich hierbei, dass Mannheim doch in jedem Fall unmittelbar an der französischen Grenze lag, dass seine Begründung also unmöglich stichhaltig sein konnte, um die ganze Pfalz zu erwerben. Mathieu hörte diese Anträge geduldig an, eine klare Ablehnung gab er nur fur die pfälzischen Aemter Mosbach und Boxberg im übrigen machte er zwar auch keine direkten Versprechungen, aber der Gesandte glaubte doch zu erkennen, dass er seinen Wunschen sehr wohlwollend gegenuberstand Der Schluss der Depesche [1]), in der Reitzenstein alle diese Verhandlungen an Edelsheim berichtet, zeigt uns, wie er selbst über seine Forderungen dachte: er ging wieder nach seinem althewahrten Prinzip vor: viel fordern, um etwas zu erhalten [2]). Sein eigentliches Ziel ist die Herstellung eines zusammenhangenden Gebietes von Waldshut bis Ketsch, d. h. die Erwerbung des Breisgaus, der Ortenau, der Enklaven und eines kleinen Teils des Oberamts Bretten, also der zweiten Stufe seines Tableau, aber schon die Enklaven allein hätte er für genügend erklärt.

Inzwischen entschied sich das Schicksal Badens in mehreren Unterredungen, die Talleyrand mit Morkow hatte [3]). Gegen den eifrigsten Widerstand des Russen, der nur Konstanz, Strassburg und Speyer bewilligen und die geistlichen Kurfürsten erhalten wollte, druckte der französische Minister Punkt fur Punkt eine Aufbesserung durch zunächst Lichtenau und Lahr, dann die drei Reichsstädte der Ortenau, die Abtei Gengenbach, schliesslich das Prinzip der Säkularisation auch für die reichsunmittelbaren Abteien und Probsteien, wodurch Odenheim, Schwarzach, Frauenalb, Ettenheimmünster, Lichtenthal und Allerheiligen fur Baden gewonnen wurden Weiter wusste Talleyrand auch fur

1) P. C IV, 139. 11.—15 Mai 1802

2) Vgl. auch P. C. IV, 124 „dans ce pays-ci il faut plus demander pour obtenir moins".

3) P. C. IV, 140, Reitzenstein an Edelsheim, 20 Mai 1802

die Abteien Salmannsweiler, Petershausen, die Reichsstädte Ueberlingen, Pfullendorf, Biberach, Wimpfen, Heilbronn Morkows Zustimmung zu erzwingen. Diese letzten Zusätze, besonders der Biberachs, die Reitzenstein nie beantragt hatte, lassen die ausserordentlich günstige Gesinnung der französischen Regierung gegen Baden in klarstem Licht erscheinen. Durch sie war das sonst befolgte Prinzip der Arrondierung der Staaten durchbrochen, Talleyrand selbst betrachtete sie nur als Objekte, die Baden zum Austausch gegen ihm besser konvenierende fremde Enklaven benutzen sollte [1]. Mit diesen Zugeständnissen wäre schon der Verlust überreichlich aufgewogen gewesen. Aber Talleyrand setzte noch die Aufhebung des zweiten geistlichen Kurfürsten durch: von dessen Gebiet erhielt Bayern Augsburg und Kempten, dafür sollte es die Pfalz abtreten, die mit Ausnahme der drei Oberämter Mosbach, Boxberg und Ozberg an Baden gegeben wurde. Die Kurwürde wurde ebenfalls zugebilligt. Reitzenstein jubelt, als diese Bestimmungen zu seiner Kenntnis gelangen. Er kann sich nicht genug tun, die französischen Unteshändler zu preisen: „Je ne saurais assez admirer ni la constance des assauts que Mathieu a livrés en notre faveur, ni celle du ministre des relations extérieures", „Talleyrand s'est réellement surpassé", „on a pris à droite et à gauche tout ce qui était humainement possible de prendre pour améliorer notre lot".

Die Absicht, den Breisgau zu erwerben, war also, so günstig der Vertrag auch sonst war, abermals gescheitert. Die Vermutung Reitzensteins, dass man entweder die Pfalz oder den Breisgau, nicht beide gleichzeitig, erhalten werde, hatte sich als richtig herausgestellt. Es ist auffallend, dass Frankreich für Baden die Pfalz wählte, anstatt des Gebietes, durch das Oesterreich noch sein Nachbar blieb. Hier war wohl die persönliche Anschauung Napoleons entscheidend, die Unterhändler scheinen bereit gewesen zu sein, den Breisgau an Baden zu geben. Bis zum letzten Augenblick war es zweifelhaft gewesen, welches von den beiden Ländern an Baden kommen sollte, Napoleons Eingreifen entschied dann für die Pfalz und erfüllte so den Wunsch des badischen Geheimen Rats. Schon im Lauf der Verhandlungen hatten Talleyrand und Mathieu angedeutet, dass der erste Konsul nicht

1) P. C. IV, 522. Dalberg an Edelsheim, 30. VI. 1803.

so leicht für eine Erwerbung des Breisgaus zu haben sei, einer seiner Gründe wird wohl gewesen sein, dass er eine Bestimmung, die er selbst in zwei Friedensschlüssen stipuliert hatte, nicht zurücknehmen wollte. Den Ausschlag wird aber wohl die Erwägung gegeben haben, dass man, falls Modena der Breisgau genommen würde, nach einer neuen Entschädigung für ihn hätte suchen müssen, und an dem Beispiel Toskanas hatte sich gezeigt, wie schwer es war, für Verwandte des Kaisers allen Teilen zusagende Gebiete zu finden. Ausserdem wurde durch eine günstige Arrondierung, die durch die Abtretung der Pfalz ermöglicht wurde, Bayern nur gestärkt und eine mächtige Barriere gegen Oesterreich lag ganz in Frankreichs Interesse. Baden jedenfalls konnte auch ohne die Erwerbung des Breisgaus vollauf befriedigt sein.

Der Missgunst Morkows gelang es allerdings noch, einiges zu Ungunsten Badens abzuändern. Er bestand mit Erfolg darauf, dass Heilbronn [1]) an Württemberg gegeben werde, gegen die Abtretung der Pfalz sträubte er sich, solange er konnte. Er fürchtete nämlich, dass für Toskana nicht mehr genügend übrig bliebe, wenn man Bayern auch noch für die Pfalz entschädigen müsse. Aber in diesem Punkt blieb Talleyrand fest, Morkow musste sich gegenüber der bestimmten Erklärung, die Pfalz solle nicht zur Entschädigung, sondern als „cadeau surerogatoire" Frankreichs an Baden dienen, schliesslich fügen. Am 3. Juni 1802 unterzeichnete er die Konvention, die alle erwähnten und die 1796 bewilligten Gebiete dem Markgrafen zusicherte. Aber Talleyrand war überzeugt, dass Morkow in seinem Bericht an den Zaren beantragen werde, den Vertrag, den er notgedrungen hatte unterzeichnen müssen, nicht zu ratifizieren. Er riet deshalb Reitzenstein, sofort Karl Friedrich durch Kurier aufzufordern, einen Gesandten nach Petersburg zu schicken, der um Ratifikation bitte, bevor Morkow dort Einfluss erlangen könne. Reitzenstein selbst, in der Erkenntnis, dass jetzt das Schicksal Badens davon abhing, die Zustimmung des Zaren zu erreichen, eilte nach Karlsruhe, um auf Beschleunigung zu drängen. Karl Friedrich entschloss sich auch, seinen Sohn, Prinz Ludwig, an den Zaren zu senden. Er selbst bat in eigenhändigem Brief am 15. Juni Alexander, die Ratifikation zu vollziehen [2]), man hoffte auch auf

1) P. C. IV, 144, Reitzenstein an Edelsheim, 3. VI. 1802.
2) P. C. IV, 208, 15. VI. 1802.

Schwedens Einfluss in Petersburg zu Gunsten Badens.

Die Einwirkung Reitzensteins lässt sich in der Instruktion [1]) für den Prinzen erkennen: nicht befriedigt mit den erhaltenen grossen Vorteilen, versucht er sofort neue Erwerbungen zu machen. Ausser der Ratifikation sollte Prinz Ludwig auch durchsetzen, dass das Stift Odenheim, welches in allen mündlichen Besprechungen Baden verhiessen worden, aber in der Redaktion des Entschädigungsplans ausgefallen war, ausdrücklich erwähnt werde, dass Baden das privilegium de non appellando erhalte; das mainzische Amt Hirschhorn, eventuell sogar Mosbach, wurde noch als weitere Arrondierung in Aussicht genommen.

Bevor der Prinz nach Petersburg kam, war die Hauptsache schon entschieden, der Zar hatte seine Genehmigung zu der Konvention am 16. Juli erteilt. Allerdings hatte die Ratifikation viele Gegner gehabt, Morkow hatte, wie Talleyrand richtig vermutete, die Ablehnung des Entwurfs beantragt [2]), die österreichische Partei am russischen Hof brachte alles Erfindliche dagegen vor. Aber andererseits war auch eine starke Partei dafür, an ihrer Spitze der Vizekanzler Fürst Kurakin, der in einem Bericht vom 25. Juni [3]) die Ratifikation dringend befürwortete. Der französische Gesandte Hedouville tat ebenfalls sein Möglichstes, so wurde schliesslich Alexander gewonnen. Als Ludwig nach Petersburg kam, fand er auch für seine übrigen Anträge betr. Odenheim, Hirschhorn und das privilegium de non appellando [4]) günstiges Gehör, aber Russland war nicht der entscheidende Faktor, Frankreich besorgte den Rest des Geschäftes, nachdem es sich einmal die Zustimmung des Zaren verschafft hatte, allein. Badens Schicksal war aber jedenfalls gesichert; es war nicht anzunehmen, dass die Reichsdeputation fähig wäre, Wesentliches an dem von den beiden Grossmächten vorgelegten Projekt noch abzuändern.

Ein erneuter Beweis für die schmähliche Abhängigkeit der deutschen Fürsten vom Ausland war, dass mehrere Staa-

---

1) P. C. IV, 270. 26. VI. 1802.
2) Tratschewsky, a. a. O., S. 416 ff.
3) Tratschewsky, a. a. O., S. 445 ff.
4) P. C. IV, 288. Memoire Prinz Ludwigs an den Zaren, 9. VIII. 1802.

ten, Preussen an der Spitze, noch bevor jede Entscheidung der Deputation gefallen war, sich in den Besitz der ihnen von Frankreich und Russland versprochenen Lande setzten. An diesem Vorgehen beteiligte sich Baden zunächst noch nicht, allerdings, muss man zugeben, weniger aus moralischen Bedenken als aus der Furcht, für den Fall einer späteren Abänderung des Planes den Unwillen Mächtigerer durch zu weitgehende Okkupation zu erregen [1]). Erst als ein Adjutant Napoleons, Lauriston, eine ausdruckliche Aufforderung des ersten Konsuls überbrachte, als man sich so gedeckt fühlte, entschloss man sich zur Besitznahme.

Es ist charakteristisch für Reitzenstein, dass er sich selbst mit diesem so ausserordentlich günstigen Vertrag nicht zufrieden gab. Nicht nur, dass er sich wegen Odenheims sofort an Talleyrand wandte, der ihn aber auf Regensburg verwies, dort lage von nun an der Schwerpunkt, — er beantragte auch, die Gefalle der breisgauischen Stifter, die diese in der Markgrafschaft besassen, an Baden zu geben [2]). Die Stifter waren im Reichsdeputationshauptschluss dem Johanniterorden zugebilligt worden. Reitzenstein begrundet seine Forderung damit, der Orden habe ca. 50 000 fl. Verluste auf dem linken Rheinufer erlitten zur Entschädigung seien ihm die breisgauischen Klöster zugewiesen, die 300 000 fl. brachten. Bei dieser grossen Differenz könne der Orden auf die 50 000 fl., welche die in Baden gelegenen Gefälle betrugen, leicht verzichten. Ausserdem verlangte Reitzenstein von der Karlsruher Regierung, dem badischen Gesandten bei der Reichsdeputation, dem Geheimen Rat Meier, Befehle zu erteilen, er solle fordern, was irgendwie Aussicht gewähre. Meier war in dieser Beziehung genau Reitzensteins Gegenstück; stets ängstlich besorgt, nirgends Anstoss zu erregen, hielt er mit allen Forderungen, die mit Ansprüchen anderer Staaten hätten kollidieren können, sorgfältig zurück. Seine Schüchternheit ging soweit, dass Mathieu, die rechte Hand Laforests, des französischen Bevollmächtigten am Reichstag, ihn ärgerlich deshalb tadelte [3]). Mathieu war eben von Reitzenstein ganz anderes Benehmen gewöhnt. Meiers Verhalten mag

1) Vgl. Brauers Denkschrift, P. C. IV, Seite 282.
2) P. C. IV, 230, Reitzenstein an Edelsheim, 18. Oktober 1802.
3) P. C. IV, 383, Meier an Edelsheim, 9. September 1802.

zum guten Teil die Schuld daran getragen haben, dass in diesen Verhandlungen nicht nur nichts Neues gewonnen wurde, sondern dass sogar ein Teil der Abtei Salmannsweiler, das starke Revenuen abwerfende Ostrach, zu Gunsten des Fürsten von Thurn und Taxis vom badischen Los abgezogen wurde. Diesem Verlust stand kein neuer Gewinn gegenüber, denn Odenheim, das jetzt ausdrücklich zugesichert wurde, die Reichenau und Oehningen waren schon im ersten Plan der Absicht nach an Baden gegeben, nur durch Versehen waren sie in der Ausarbeitung, die, um den Entwurf möglichst rasch dem Zaren vorlegen zu können, sehr flüchtig gemacht worden zu sein scheint [1], ausgelassen worden. Die Resultatlosigkeit der badischen Forderungen war umso ärgerlicher, als man sich wirklich noch grosse Mühe gegeben hatte; Prinz Ludwig war persönlich nach seiner Rückkehr aus Petersburg nach Paris gegangen, um Badens Interesse zu vertreten [2]. Aber weder er, noch Reitzenstein, noch Meier konnten eine Abänderung der zweiten russisch-französischen Deklaration an die Reichsdeputation vom 8. Oktober 1802 durchsetzen. Die erste vom 18. August [3]) hatte ausser den unbeabsichtigten Auslassungen ganz Badens Interessen gemäss gelautet. Jetzt in dieser zweiten war, wie schon gesagt, Ostrach abgezogen worden, hauptsächlich durch die Bemühungen des Taxisschen Gesandten v. Vrints. In dieser Form blieb dann die Aufstellung der Entschädigung, weder die Deputation noch das Plenum des Reichstags änderten etwas daran.

Demgemäss übergab also, um hier noch einmal zusammenzufassen, der § 5 des Reichsdeputationshauptschlusses unter Erhebung des Markgrafen zum Kurfürsten folgende Territorien an Baden: das Bistum Konstanz, die Reste der Bistümer Speyer, Basel und Strassburg, die pfälzischen Aemter Ladenburg, Bretten und Heidelberg mit den Städten Heidelberg und Mannheim, die Herrschaften Lahr, Lichtenau, Willstädt, die Abteien Schwarzach, Frauenalb, Allerheiligen, Lichtenthal, Gengenbach, Ettenheimmünster, Petershausen, Reichenau, Salmannsweiler ausser

1) Vgl. P. C. IV, 204, Reitzenstein an Edelsheim, 8. VIII. 1802.

2) Vgl. Näheres über diese Reise im Kapitel III.

3) Ueber beide Deklarationen vgl. Gaspari, Der französisch-russische Entschädigungsplan und Berghaus, Deutschland vor 50 Jahren, Bd. 1.

Ostrach, die Probsteien Oehningen und Odenheim, die Reichsstädte Offenburg, Zell a. H., Gengenbach, Ueberlingen, Biberach, Pfullendorf und Wimpfen, endlich die mittelbaren und unmittelbaren Besitzungen und Rechte auf der Südseite des Neckars, welche von den öffentlichen Stiftungen und Körperschaften des linken Rheinufers abhingen.

Trotz der Verminderung gegenüber dem ersten Entwurf war Edelsheim sehr befriedigt [1]), und er konnte es in der Tat vollauf sein; für den Verlust von ca. 30 000 Einwohnern und ca. 300 000 fl. Einkünften hatte Baden beinahe 250 000 Einwohner und ungefähr 1 500 000 fl. Einkünfte erhalten. Zwar war das Gebiet noch immer kein einheitliches, der Seekreis und die obere Markgrafschaft waren noch durch fremde Territorien abgetrennt, aber der eigentliche Kern hatte durch die Beseitigung der meisten fremden Enklaven und durch die Erwerbung der Pfalz unendlich an innerer Festigkeit gewonnen. Besonders die letztere musste, wenn auch zunächst infolge der zerrütteten Wirtschaft eine Last für die badischen Finanzen, in der Zukunft von grosser Bedeutung sein. Für die nächsten Jahre war das Ziel der Politik Badens noch immer klar gegeben: die Verbindung mit den eigenen Exklaven herzustellen, d. h. mit allen Mitteln eine Erwerbung des Breisgaus und der Ortenau anzustreben.

Kapitel III.

Die Erwerbung des Breisgaus [2]).

„Par l'heureux concours de la France et de la Russie, tous les intérêts permanents sont conciliés; et, du sein de cette tem-

1) P. C. IV, 207, Edelsheim an Meier, 12. Oktober 1802.

2) Bertrand: Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon. Paris 1889. — Bitterauf: Geschichte des Rheinbunds, Bd. 1. München 1905. — Rambaud: La domination française en Allemagne. Paris 1873/74. — Beer: 10 Jahre österreichischer Politik. Leipzig 1877. — Beer: Arch. f. öst. Gesch. Bd. LIII, S. 247 ff. — Schneider: Württ. Vierteljahrshefte. N. F., Bd. XV, S. 387 ff. — Thiard: Souvenirs diplomatiques et militaires, herausgeg. von Léonce Lex, Paris 1900.

pête qui semblait devoir l'anéantir, l'Empire germanique, cet empire si nécessaire à l'équilibre et au repos de l'Europe, se relève plus fort, composé d'éléments plus homogènes, mieux combinés et mieux assortis aux circonstances présentes et aux idées de notre siècle", so charakterisiert Napoleon in einer Botschaft an den Senat [1]) die Lage, die durch den Reichsdeputationshauptschluss geschaffen war.

Die letztere Behauptung, die Zusammensetzung des Reichs sei jetzt moderner und homogener, mochte zutreffen, die erstere, es sei neu gekräftigt, war durch und durch hinfällig. Die einzelnen Reichsglieder waren zwar gestärkt, aber gerade dadurch ein ersprießliches Zusammenwirken nur erschwert worden. Man war dem Augenblick des notwendigen Auseinanderbruchs nur noch einen Schritt näher gerückt. Es musste daher die Politik der Reichsstände sein, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen und sich für diesen Zeitpunkt einen neuen Gewinn zu sichern.

Bei seiner Reise nach Paris im Dezember 1802 hatte Prinz Ludwig mehrere Besprechungen mit Bonaparte gehabt, in denen dieser starke Hoffnung gegeben hatte, dass Baden den Breisgau gewinnen werde. Er war so weit gegangen, zu erkennen zu geben, es hinge nur von einer Willensäusserung des Zaren ab, dass Baden eine weitere Arrondierung erhalte; dann habe er den Vorwand bei den Verhandlungen mit Oesterreich, die damals gerade sich dem Abschluss näherten, dies durchzusetzen [2]). In einer Unterredung vom 18. Dezember erklärte der 1. Konsul ausdrücklich, es sei seine Absicht, Karl Friedrich auch den Breisgau zu verschaffen, „weil es nicht angenehm sei, Oesterreich so nahe auf dem Nacken zu haben" [3]). Diese Versprechungen können unmöglich ernst gemeint gewesen sein, sie haben offenbar nur das Ziel gehabt, Baden noch fester an das französische Staatsschiff zu ketten. Denn im ganzen Lauf der Unterhandlungen mit Oesterreich ist von französischer Seite nie der Antrag gestellt worden, Modena solle auf den Breisgau verzichten. In den Berichten des österreichischen Bevoll-

1) Correspondance de Napoléon I. Bd. VIII. S. 210 ff. 20. II. 1803.

2) P. C. IV, 346, Précis Reitzensteins, Dezember 1802.

3) Diarium über den Aufenthalt des Prinzen Ludwig in Paris, Dez. 1802, P. C. IV, 347.

mächtigten in Paris, Philipp Cobenzls, wenigstens findet sich kein Wort davon [1]. Zudem war ja der Breisgau und die Ortenau in dem russisch-französischen Entschädigungsprojekt für Modena vorgesehen, und ein Versuch wäre aussichtslos gewesen, Morkows Zustimmung zu einer so erheblichen Vergrösserung Badens und Schwächung Oesterreichs zu gewinnen. Denn auch nach der Junikonvention verharrte er in den Besprechungen mit Bonaparte und Talleyrand bei seinem bisherigen Benehmen. Aeusserlich durch das Geschenk einer Dose günstiger gegen Reitzenstein gestimmt, protestierte er sachlich auch weiterhin gegen jede Aufbesserung des badischen Loses, Prinz Ludwig behauptet sogar, er habe den badischen Seekreis an Toskana geben wollen [2]. Jedenfalls geschah wegen des Breisgaus kein Schritt, und in der Konvention vom 26. Dezember [3]), zu der sich Oesterreich verstehen musste, wurde er und die Ortenau an Modena gegeben. Oesterreich erhielt für die Abtretung der Ortenau die Bistümer Brixen und Trient und fügte sich in die von Russland und Frankreich festgesetzte Indemnisierung.

Nach langem Weigern hatte endlich Ercole von Modena seine Zustimmung gegeben, den Breisgau als Entschädigung anzuerkennen. Um dies zu erreichen, war es nötig gewesen, dass Kaiser Franz ihm schrieb, er fühle sich für alle Zukunft, falls der Herzog jetzt nicht zugreife, frei von allen Verpflichtungen gegen ihn [4]. Man hatte am Wiener Hof schon daran gedacht, den Breisgau zum toskanischen Los zu schlagen. Der Plan scheint so ernsthaft erwogen worden zu sein, dass man auch der französischen Regierung davon Mitteilung machte [5]. Auch jetzt noch versuchte Modena durch einen eigenen Gesandten in Regensburg eine grössere Entschädigung durchzusetzen, doch wurde er mit seiner Beschwerde an die vermittelnden Mächte gewiesen, die natürlich nichts für ihn taten [6]. Diesem Gesandten wurde durch Meier, den badischen Bevoll-

1) Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv.

2) P. C. IV, 347, Diarium.

3) Vgl. Beer, Arch. f. öst. Gesch. Bd. LII, S. 523.

4) Juli 1802 (Wiener H.-, H.- u. St.-Arch., Fasz. Abtretung des Breisgaus und der Ortenau).

5) Corresp. de Nap. Bd. VIII, S. 20. Napoleon an Talleyrand, 31. VIII. 1802.

6) Vgl. Berghaus, Deutschland vor 50 Jahren, Bd. I, S. 224.

mächtigten, eine Eröffnung gemacht, die auf Austausch des Breisgaus und der Ortenau gegen die badischen Bodenseelande hinzielte, — ein Plan, den der modenesische Gesandte für annehmbar hielt, er bat, das Projekt bis auf weiteres im Auge zu behalten [1]) Meier scheint es sehr ernst gemeint zu haben, vom Geheimen Rat war das Anerbieten wohl hauptsächlich als Präventivmassregel gedacht es zirkulierten damals Gerüchte, dass Württemberg mit von England geliehenem Gelde die beiden Gebiete kaufen wolle [2]) Dies konnte Baden natürlich nicht zulassen, dadurch wären zwei bedeutende Teile seines Gebiets durch Territorien eines andern süddeutschen Fürsten vom Hauptland abgeschnitten, damit die Aussicht auf Herstellung einer Verbindung vernichtet worden Damit nun Modena nicht mit Württemberg abschliesse, ohne Baden zu hören, deshalb wohl dies Tauschprojekt Besonders die Ortenau war unentbehrlich zum Verkehr mit der oberen Markgrafschaft Auf sie wird deshalb badischerseits auch sehr viel mehr Gewicht gelegt, als auf den Breisgau [3]), wenn auch dieser ebenfalls von äusserstem Wert für Baden war Auch der Wiener Hof hatte damit gerechnet, dass Baden alles tun werde, um die Ortenau zu erlangen In einer Denkschrift „Ideen über die Landvogtei Ortenau einer-, die badischen Besitzungen am Bodensee andererseits" (wohl von einem Beamten der Staatskanzlei herrührend) [4]) wird ein Tausch angeregt die Ortenau, die für Baden viel wichtiger sei als für den Besitzer des Breisgaus gegen den badischen Seekreis, der eine Verbindung des Breisgaus mit den übrigen vorderösterreichischen Landen hergestellt hätte und damit auch von grossem militärischen Wert für Modena wäre Auf solche Bedingungen wäre Baden wohl kaum ein-

1) P C IV, 415, Meier an den Geheimen Rat 23 X 1802

2) P C IV, Seite 345, Anm 3, P C IV, Nr 364, Edelsheim an Gemmingen, 3 XI 1802, 366, Gemmingen an Edelsheim, Wien, 18 XI 1802

3) P C IV, 361, Edelsheim an Gemmingen, 3 XI 1802 „Nous ne serons pas infiniment jaloux de la première de ces deux acquisitions, mais quant à l'Ortenau nous ne pouvons pas la laisser échapper . 380 Geheime Rats-Protokoll 30 VIII 1802 Gemmingen denkt an Kauf der Ortenau (366)

4) Wiener H.-, H.- u. St.-Arch , Fasz Abtretung des Breisgaus und der Ortenau

gegangen, wollte es doch für beide Gebiete, Breisgau und Ortenau, nur das Fürstentum Konstanz geben. Es kam auch gar nicht erst zu irgend welchen Verhandlungen, die Besitzergreifung des Breisgaus durch den Erzherzog Ferdinand, die dieser im Auftrage seines Schwiegervaters durch ein Edikt vom 16. Februar 1803 vornahm, erledigte die Angelegenheit fürs erste.

Als definitiv sah man aber auch jetzt noch nicht in Paris die Einsetzung Modenas in den Besitz der beiden Länder an, wenigstens wurden dem badischen Gesandten dahinzielende Andeutungen gemacht. Die Vertretung Badens ruhte seit der Pariser Konvention nicht mehr in Reitzensteins Händen. Seine geschwächte Gesundheit hatte die ausserordentlichen Anforderungen, die die Verhandlungen an ihn gestellt hatten, nicht ertragen. Mit grosser Willenskraft hat er sie noch überstanden, jetzt brach er zusammen. Er zog sich nach Heidelberg in den Ruhestand zurück, begleitet von der dankbaren Erinnerung seines Fürsten, von der Anerkennung aller Staatsmänner mit denen er in Berührung gekommen war. Erst als ohne sein Talent die Geschicke Badens gefährdet schienen, trat er wieder auf den Ruf Karl Friedrichs in Aktion.

Als sein Nachfolger wurde ein Neffe des Kurerzkanzlers, Emmerich Joseph von Dalberg [1]), nach Paris gesandt, ein feiner, geschickter Diplomat, aber keine Persönlichkeit. So leicht wie den Dienst wechselt er seine Anschauungen, lieber als in nüchterner Erwägung des augenblicklich politisch Gebotenen ergeht er sich in weit ausgreifenden, meistens nicht realisierbaren Plänen. Gerade dies musste für den Vertreter eines immer doch nur recht wenig Macht besitzenden Staates sehr unersprieslich sein. Dadurch verliert er leicht den Ueberblick über die Lage, trotz aller natürlichen Intelligenz ist sein Blick durch starke Eitelkeit und durch sein Haften in Vorurteilen getrübt. Seinem persönlichen Auftreten fehlt dabei das Imponierende, Achtung Erweckende, das Reitzensteins Haltung stets ausgezeichnet hatte. In seinem Wirken ist kein einheitlicher Plan, manchmal zu vorsichtig dann wieder zu offenherzig, büsst er die guten Verbindungen ein, die Reitzenstein

1) Vgl. P. C. IV, LX.

sich erworben hatte. War bisher von den süddeutschen Staaten Baden weitaus der meist Begünstigte gewesen, so treten jetzt Bayern und Württemberg bei der französischen Regierung mehr in den Vordergrund. Immerhin hat auch er sich seine Verdienste um Baden erworben, er wurde aber auch auf keine allzuschwere Probe gestellt, denn zu grösseren und bedeutsameren Unterhandlungen kam es nicht, während er der Vertreter des Kurstaats in Paris war. Als solche wieder notwendig wurden, da zog Karl Friedrich es doch vor, wieder Reitzenstein zu seinem Bevollmächtigten zu machen. Der Friede zu Pressburg, der einzige Vertrag Badens mit Frankreich in diesem Jahrzehnt, an dessen Vorarbeiten Reitzenstein nicht intensiven Anteil nehmen konnte, ist auch gleichzeitig der für Baden verhältnismässig ungünstigste. Die Wünsche Bayerns und Württembergs wurden hier in erster Linie in Erwägung gezogen.

Dalberg war noch von Reitzenstein persönlich in Paris eingeführt worden, so kommt es, dass er die erste Zeit, in der er noch nicht selbständig eingearbeitet war, noch ganz im Sinne Reitzensteinscher Ideen wirkt. Das Leitmotiv seiner ersten Berichte findet sich daher in den Worten „La France seule est la puissance protectrice de la maison de Bade“ [1]. Aber je länger er in Paris weilt, umsomehr kommt seine eigentliche Gesinnung zu Tage: die Abneigung gegen Frankreich. Bei Reitzenstein war es umgekehrt gegangen, seine Ueberzeugung von der Notwendigkeit des innigsten Anschlusses an Frankreich war durch seinen Verkehr in Paris nur noch gewachsen. Dalberg hatte die grossartigen Früchte, die diese Politik getragen hatte, vor Augen, er musste einsehen, dass ohne ihre Befolgung der Reichsdeputationshauptschluss nicht im entferntesten so günstig ausgefallen wäre. Und trotzdem sucht er, bei aller persönlichen Bewunderung für den ersten Konsul, die Verbindung mit Frankreich wieder zu lösen. Seine Denkschrift vom 7. August [2] gibt einen höchst interessanten Aufschluss über seine Pläne, gleichzeitig charakterisiert sie seinen grossen Optimismus. Im Eingang setzt er auseinander, dass man von Frankreich erwarten könne, den Breisgau und die

1) P. C. IV, 525, Dalberg an Edelsheim 19. VII. 1803.
2) P. C. IV, 531.

Ortenau zu erhalten; Gelegenheit dazu konne ein Konflikt zwischen Frankreich und Oesterreich geben. Zwei Bedingungen seien erforderlich, um diese Lande zu gewinnen: erstens ein glanzender Sieg Frankreichs, zweitens gute Beziehungen zu allen kontinentalen Hofen, die doch immer einen Einfluss bei der Länderverteilung haben würden. Wie aber, wenn nun Frankreich geschlagen und auf seine alten Grenzen beschränkt würde, was bei Einigkeit zwischen Russland, Oesterreich und Preussen sicher zu erwarten sei? Auch dann, meint Dalberg, seien der Breisgau und die Ortenau für Baden sicher, Oesterreich werde in diesem Falle solche Vorteile in Italien erhalten, dass es auf die beiden Länder, die doch für Baden allein von Wert seien, gern verzichten würde. Aber nicht genug damit, unter solchen Umständen würde man sogar noch ausserdem auf den linken Rheinufer Erwerbungen machen konnen. Der letztere Fall also, die Niederlage Frankreichs, sei für Baden der grossere Gewinn, unter der Bedingung, dass man die nächste Zeit hindurch eine vollkommen doppelzüngige Politik führe: scheinbar „la plus grande soumission“ gegen Frankreich, heimlich sollte man (und zwar vornehmlich mit Hilfe des grossen Einflusses der Erbprinzessin auf die verwandten Höfe) alles tun, um die Koalition zustande zu bringen.

Dalberg warf also in dieser Denkschrift wieder die Frage auf, wie man sich zwischen Frankreich und Oesterreich stellen sollte. Im Gegensatz zu der bisher befolgten Politik hat seine Entscheidung zu Gunsten der Gegner Frankreichs aus. Die Voraussetzung, von der er dabei ausging, war, wie wir gesehen haben, die Annahme, dass Frankreich den vereinten Waffen Russlands, Oesterreichs und Preussens nicht werde widerstehen können. Scheinbar geben ihm die Tatsachen Recht: als die drei Mächte schliesslich in engem Bunde miteinander gegen Napoleon vorgingen, da brach in der Tat dessen Herrschaft zusammen. Aber man darf dabei nicht übersehen, dass es in den Freiheitskriegen doch eine ganz andere Koalition war, als sie sich 1804 hätte bilden können. 1813 waren es, vor allem in Preussen, die Nationen, die mitwirkten, hinter den Dynastien stand ein neuorganisiertes, in seinen Grundlagen gestärktes Volk. Und andererseits ruhte zu Beginn der Freiheitskriege die Macht Napoleons nicht mehr im entferntesten auf so fester Basis als

in dieser Zeit, die den Zenith seiner Laufbahn bildet. Verharrten die drei Mächte in ihrem Zustand von 1804, so hätte wohl Frankreich, das im Jahre darauf die beiden Kaisermächte in raschen, gewaltigen Schlägen zu Boden warf, auch gegen einen Bund aller drei die Oberhand behalten. Es wäre deshalb für Baden verderblich gewesen, die von Dalberg vorgeschlagene Politik zu befolgen. Wenn auch demnach die Voraussetzung Dalbergs unrichtig war, so hatte er doch den für Baden höchst vorteilhaften Umstand erkannt, dass von seiten Oesterreichs man auf grösseres Entgegenkommen als bisher rechnen durfte. Wir wissen nicht, dass er etwa von dem österreichischen Gesandten in Paris eine Andeutung erhalten hat, die Stimmung in Wien sei günstig für den Kurstaat. In seinen Berichten, die doch von dieser wichtigen Nachricht Mitteilung machen mussten, steht kein Wort davon. Auch aus Gemmingens Depeschen aus Wien konnte er nichts Derartiges entnehmen. Und doch traf seine Vermutung zu: ein allerdings einige Monate später fallender Brief Ludwig Cobenzls an Stadion, den österreichischen Gesandten in Petersburg, beweist die Bereitwilligkeit des Wiener Hofs, falls Modena seine alten Besitzungen in Italien durch den Sieg der Koalition zurückerhalte, den Breisgau und die Ortenau an Baden fallen zu lassen[1]. Die Beweggründe Oesterreichs zu diesem Verzicht sind offenbar die Besorgnisse gewesen, die Berührung mit der französischen Grenze könne Ursache von immer neuen Konflikten bilden[2]. Konnte man daher in Italien eine besser zusagende Entschädigung erzielen, so war dies erheblich wertvoller als die weit entfernten, wenig ertragenden und stets gefährdeten deutschen Provinzen. Gemäss dem Geiste der Zeit dachte niemand daran, dass dadurch ernste Gefühle der Untertanen verletzt werden konnten. Dass man den Breisgau gerade

1) Beer, 10 Jahre öst. Gesch. S. 72, Beer, Arch. f. öst. Gesch. Bd. 55, S. 199 ff., Cobenzl an Stadion, 11. Februar 1804. Die Bestimmung, dass der Breisgau an Baden kommen solle, wurde auch in der Tat in den Vertrag vom 6. XI. 1804 zwischen Russland und Oesterreich aufgenommen (Thiers, histoire du Consulat et de l'Empire, Bd. 5, S. 272).

2) Im Wiener H.-, H.- u. St.-Arch., Fasz. Abtretung des Breisgaus und der Ortenau, findet sich allerdings eine anonyme Denkschrift, die nachzuweisen sucht, dass durch die Abtretung des Breisgaus die Wahrscheinlichkeit eines Konfliktes mit Frankreich nicht vermindert werde.

an Baden geben wollte, war durch die Rücksicht auf den Zaren bedingt, man hoffte, durch dies Entgegenkommen gegen dessen Verwandten ihn selbst zu gewinnen.

Noch deutlicher tritt Dalbergs Abneigung gegen Frankreich in seiner zweiten Denkschrift hervor [1]; hier befürwortet er die Beschränkung Frankreichs auf die Grenzen von 1789. Nur mit grösster Vorsicht wagt er diese Pläne dem Karlsruher Kabinett mitzuteilen, denn es war ja klar, dass seine Stellung in Paris, falls seine Anschauungen dem ersten Konsul bekannt würden, gänzlich unhaltbar sein werde. Wenn auch glücklicherweise Karl Friedrich und Edelsheim nicht entfernt daran dachten, auf seine Anträge — „ce plan vraiement audacieux" — irgendwie einzugehen [2], es musste ein Nachteil sein, dass der wichtigste Posten im Ausland von einem Mann besetzt war, der nur mit grossem Widerstreben eine seinen politischen Ueberzeugungen widersprechende Haltung einnahm. Die französische Regierung hat sicher etwas hiervon gemerkt und schloss von dem Benehmen des Gesandten auf die Ansicht seines Hofs, daher die merkliche Abkühlung des Verhältnisses in der nächsten Zeit [3]. Auch das Verhalten einer andern Persönlichkeit ist nur dadurch zu erklären, dass Dalberg etwas von seinen Anschauungen durchblicken liess. Anfänglich war Morkow ihm ebenso unliebenswürdig entgegengetreten wie seinem Vorgänger. Als aber die Beziehungen zwischen Russland und Frankreich sich immer mehr verschlechterten, als durch die Okkupation Hannovers der Konflikt Frankreichs mit England wieder offen ausgebrochen war, da wandelt sich Morkows Benehmen. Bis zu seiner Abberufung im November behandelt er fortan den badischen Gesandten mit grösster Aufmerksamkeit. Mit Erfolg sucht er ihn für den Gedanken einer neuen Koalition zu gewinnen, er ängstigt ihn mit der Aussicht auf unmittelbar bevorstehenden Ausbruch des Kriegs [4]. Einem Reitzenstein ge-

1) P. C. IV, 563, Okt. 1803.

2) P. C. IV, 533, Edelsheim an Karl Friedrich, 14. VIII. 1803, 556, Edelsheim an Karl Friedrich, 3. XI. 1803, 560, Edelsheim an Dalberg, 15. XI. 03. Edelsheim nennt Dalbergs Vorschläge die eines exaltierten Emigranten.

3) Schon am 25. Januar 1804 kann Dalberg von kaltem Verhalten Talleyrands gegen ihn berichten. (P. C. IV, 575).

4) P. C. IV, 348, Dalberg an Edelsheim, 23. Okt. 1803.

genüber hatte er diesen Ton sicher nicht angeschlagen, dadurch hätte er nur genau das Gegenteil seiner Absicht erreicht, den noch festeren Anschluss Badens an Frankreich. Aber er hat offenbar gemerkt, wie empfänglich der neue Gesandte für seine Ideen sei, dass in diesem ihm kein so unbedingter Parteigänger Frankreichs gegenüberstehe. Er ging daher von seinem bisherigen Verhalten ab und bearbeitete Dalberg im Sinne seiner antifranzösischen Politik. Man kann also wohl annehmen, dass Dalberg schon selbst solche franzosenfeindliche Ansichten hegte (seine erste Denkschrift stammt aus einer Zeit, in der er noch nicht so nahe mit Morkow verkehrte), dass sie aber erst unter des Russen Einfluss zu deutlicherer Gestaltung bei ihm gelangt sind. Seitdem Morkow nicht mehr auf ihn einwirken konnte, schweigt auch Dalberg von Plänen des Anschlusses an die Koalition. In seinem Innersten mag er sie vielleicht noch gehegt haben, jedenfalls hatte ihn die bestimmte Art, in der man sich in Karlsruhe weigerte darauf einzugehen, veranlasst, nichts Derartiges mehr hier vorzulegen. Aber sein häufiger Verkehr mit Morkow hatte natürlich den Verdacht der französischen Regierung erregen müssen, auch er trug dazu bei, das Verhältnis zu Frankreich zu verschlechtern.

Ein Grund, warum Dalberg so stark zur Koalition hinstrebte, ist vielleicht neben seinen politischen Anschauungen die Erkenntnis gewesen, dass Baden Gefahr lief, vor der übermächtigen Gewalt Frankreichs ganz seine Selbständigkeit zu verlieren. Denn in der Tat, die Jahre vom Reichsdeputationshauptschluss bis zur Gründung des Rheinbundes sind für die Karlsruher Regierung die Zeit der unmittelbarsten und erniedrigendsten Abhängigkeit von Frankreich gewesen. Am bezeichnendsten hierfür ist der Fall Enghien [1]. Nicht genug, dass sich der greise Kurfürst eine brutale Verletzung seines Gebietes gefallen lassen musste, dass er dann den Reichstag darum ersuchte, der groben Beleidigung, die ihm widerfahren war, keine Folgen zu geben, es erregte noch Napoleons höchsten Zorn, dass er es wagte, die Erklärung, die ihm Frankreich für den Reichstag vorgeschrieben hatte, etwas abzuändern. Durch die schlimmsten Drohungen sah man sich in Karlsruhe genötigt, wieder zu

[1] Vgl. P. C. Bd. V, Teil 1, Abschnitt 1—2

der in Paris angeordneten Form zurückzukehren. Aber der Umstand allein, dass Baden es versucht hatte, etwas selbständiger aufzutreten, genügte, um eine weitere Abkühlung der Beziehungen herbeizuführen. Zudem war ein wichtiger Grund fortgefallen, der in den Verhandlungen, die zum Reichsdeputationsrezess geführt hatten, stark zu Badens Vorteil gewirkt hatte: Dalberg selbst sah ein, dass Frankreich jetzt nicht mehr durch Badens Vermittlung Russland gewinnen wolle [1]), die Beziehungen zwischen beiden Grossmächten wurden allmählich zu gespannt, als dass irgendwie persönliche Vermittlungen hätten von Erfolg sein können. Anscheinend war es Napoleon selbst, der die bisherige grosse Begünstigung Badens aufgab, denn was uns an Denkschriften des auswärtigen Amts vorliegt, ist meistenteils wesentlich günstiger als es nachher in die Wirklichkeit umgesetzt wurde.

Aeusserlich allerdings blieb das Verhältnis zwischen Frankreich und Baden in der alten Form. Frankreich wolle eine besondere Begünstigung für den Kurfürsten erzielen. Derartige Versprechungen wurden öfters gemacht, aber die Tat, die früher die Worte begleitet hatte, fehlte jetzt. Das Band, das beide Staaten miteinander verknüpfte, — scheinbar genau das alte, — hatte doch einen ganz anderen Charakter erhalten. Reitzensteins Energie und Stolz hatten es verstanden, Baden immer als Verbündeten und völlig selbständigen Schützling Frankreichs hinzustellen, jetzt war es, man könnte fast sagen, auf die Stufe einer autonomen Provinz herabgesunken. Bei jeder Gelegenheit nutzte Napoleon seine Machtstellung gegen den Kurstaat aus: auf dem Mainzer Fürstentag [2]) war Karl Friedrich der einzige weltliche Reichsfürst von Bedeutung, der dem neuen Kaiser seine Huldigung darbrachte, zur Kaiserkrönung mussten der Erbprinz und Prinz Ludwig von Baden nach Paris kommen, — der erstere tat dies nur mit grossem Widerstreben [3]), der Kurfürst selbst konnte sich nur mit seinem hohen Alter entschuldigen, — schliesslich bei Napoleons Krönung zum König

1) Vgl. P. C. V. 170. Dalberg an Edelsheim, 13. XII. 1804.

2) Vgl. Obser, Zeitschrift für Gesch. d. Oberrh., N. F., XIV, S. 607 ff.

3) P. C. V, 163. Maltitz, der russische Gesandte in Karlsruhe, an den Zaren 28. XI. 1804.

von Italien in Mailand musste Dalberg anwesend sein. Und alle diese Reisen brachten nichts ein ausser leeren Versprechungen. In Mainz und Paris [1]) erklärte Napoleon selbst, es sei ein Fehler gewesen, den Breisgau und die Ortenau noch in österreichischen Händen zu lassen. Trotz der grossen Aufmerksamkeit des Kaisers und Talleyrands gegen die beiden Prinzen fühlte Ludwig doch deutlich den Unterschied gegen zwei Jahre früher [2]), wie er selbst sagt, Reitzenstein fehlte ihm überall. Es war natürlich, dass gerade Prinz Ludwig und Dalberg sich nicht besonders gut standen. Der erstere, der allgemein als das Haupt der Partei angesehen wurde, die für unbedingten Anschluss an Frankreich war, und als der eigentliche Macher der badischen Politik galt, da er auf seinen greisen Vater unbeschränkten Einfluss habe, — Dalberg, der nur sehr widerwillig solche Politik vertrat. Da sich Edelsheim mit beiden gut stellen und für keine Richtung eine definitive Entscheidung treffen wollte, dabei aber in dem zu Frankreich hinneigenden Kurs blieb, war es natürlich, dass er bei beiden Mächten, die hinter diesen Parteien des Karlsruher Hofs standen, bei Frankreich sowohl wie bei Russland schlecht angeschrieben war. Bei Frankreich galt er schon lange als Gegner, er betreibe die von Dalberg vorgeschlagene Politik „d'être favorable à la France dans les apparences et non dans les effets“ [3]), — eine Beschuldigung, die nicht zutrifft. Edelsheim hat sich nach anfänglichem Widerstreben zu Reitzensteins Politik bekannt und hat sie ehrlich mitgemacht. Dass er dabei nicht alle Brücken zu den übrigen Mächten hinter sich abbrannte, ist doch eigentlich für einen verantwortlichen Minister nur selbstverständlich, aber die Franzosen nahmen ihm das sehr übel. Andererseits wurde er von Russland als ganz im Fahrwasser Prinz Ludwigs steuernd angesehen und deshalb gehasst [4]). Man könnte es vielleicht Edelsheim als Fehler anrech-

---

1) P. C. V. 176, Diarium über den Aufenthalt der Prinzen in Paris Dezember 1804.

2) P. C. V, 163, Ludwig an Karl Friedrich, Paris 9. XII. 1804.

3) P. C. IV, 250. Massias, der französische Geschäftsträger in Karlsruhe, an Talleyrand, 25. I. 1803; vgl. auch P. C. IV, 259, Massias an Talleyrand, 16. IV. 1803 und Lucchesinis Bericht über den Einfluss von Edelsheims Gemahlin auf diesen, P. C. V, 30, 24. III. 1804.

4) P. C. V, 138, Maltitz an Czartoryski, 31. VIII. 1804.

nen, dass er Dalberg auf seinem Posten in Paris liess. Denn zweifellos stimmte dessen Haltung nicht mit der von den Interessen Badens gebotenen überein. Man muss aber in Betracht ziehen, dass der Minister selbst früher ganz ähnlichen Anschauungen gehuldigt hatte, wie sie der Gesandte jetzt äusserte, dass er dadurch vielleicht gegen ihn zur Rücksichtnahme in einem Masse verleitet wurde, wie es Badens Vorteil nicht entsprach. Er hoffte wohl, dass Dalberg, wenn er erst länger an der Politik Anteil habe, wenn er sehe, wie wenig Anklang er mit seinen Ideen in Karlsruhe finde, sich zu anderen Ansichten bekehren werde.

Immerhin war es also ein verhältnismässig ungünstiger Moment für Baden, in dem sich die Aussicht auf neue Umwälzungen im Reich durch den Beginn des dritten Koalitionskrieges eröffnete: kraftvolle Unterstützung konnte es von keiner Seite erwarten. Die Verbündeten begnügten sich mit wenig energischen Versuchen, die Neutralität der süddeutschen Staaten durch Garantie ihres Besitzstandes zu erzielen; erst im Falle, dass die österreichischen und russischen Heere imstande wären, ihre Lande zu schützen, sollten sie offen auf die Seite der Gegner Frankreichs treten [1]). Napoleon dagegen war von Anfang an entschlossen, die drei Höfe zu unbedingter Erklärung zu zwingen, ob sie seine Feinde oder seine Verbündeten sein wollten [2]). Es lag selbstverständlich im dringendsten Interesse Bayerns, Württembergs und Badens, neutral bleiben zu können, besonders Württemberg machte alle Anstrengungen, um dies Ziel zu erreichen. Es war aber von vornherein hoffnungslos, dem Machtgebot des französischen Kaisers mussten sich die drei Staaten fügen [3]). Der erste, der abschloss, war Bayern; Württemberg gab eine Erklärung ab, im Falle des Krieges werde es sich auf Frankreichs Seite stellen, wenn dessen Truppen so weit vorgerückt wären, dass sie das Land decken konnten. Hiermit begnügte sich fürs erste der französische Ge-

1) P. C. V, 328, Note von Maltitz an Edelsheim, 13. IX. 1805.

2) Corresp. de Nap. Bd. XI, S. 88. Napoleon an Talleyrand, 13. VIII. 1805.

3) Ich kann im Folgenden kurz sein, da Obser in seiner Einleitung P. C. V, XXXI ff. den Abschluss des Bündnisses in allen wichtigen Punkten erschöpfend dargestellt hat.

sandte am Stuttgarter Hof, Didelot, und eilte nach Karlsruhe, um hier dieselbe Verpflichtung zu erzwingen [1]). Karl Friedrich kam in die peinlichste Lage, da gleichzeitig ein anderer Bevollmächtigter Frankreichs, Thiard, ein formelles Defensivbündnis forderte. Da Didelot sehr schroff und gebieterisch aufgetreten war, Thiard hingegen der Sache nach zwar ebenso energisch, aber in der Form liebenswürdiger, vor allem da Thiard frischere Instruktionen von Talleyrand besass, so zog man vor, mit ihm zu verhandeln [2]), obwohl er die weitergehende Forderung vertrat. Jetzt wurde wieder Reitzenstein berufen, um den Kurfürsten zu beraten. Aber weder seine, noch Edelsheims Bemühungen vermochten etwas gegen die bestimmte Erklärung des Franzosen, binnen 24 Stunden wolle er Antwort haben, ob die französischen Heere bei ihrem Durchmarsch einen Verbündeten oder einen Gegner in Baden fänden. Interessant ist die Aeusserung Reitzensteins, dieses eifrigsten Vertreters der frankreichfreundlichen Politik, dass seinen Gefühlen nach der Kurfürst das Bündnis verweigern solle, aber in Anbetracht der furchtbaren Gefahren, welche dies Verhalten nach sich ziehen würde, könne er diesen Rat nicht erteilen. Also selbst er fühlt sich doch noch so fest am Reich hängend, dass er die von ihm inaugurierte und seit fast 10 Jahren befürwortete Politik am liebsten aufgegeben hätte, wo es sich darum handelte, die letzte und moralisch erniedrigendste Konsequenz daraus zu ziehen: gegen den seit Jahrhunderten anerkannten Oberherrn, gegen das Kaiserhaus die Waffen zu erheben. Aber in der Lage, in der man sich befand, musste jede Gefühlspolitik verstummen, der mühsam erworbene Gewinn, ja die ganze Existenz wäre verloren gewesen, hätte man nicht der Stimme der Not gehorcht. Man konnte nicht anders, am 5. September wurde der Allianzvertrag unterzeichnet, laut dessen Baden ein Hilfskorps von 3000 Mann stellte, wogegen Frankreich seinen Besitzstand garantierte und im Falle des Sieges eine entsprechende Vergrösserung versprach [3]). Unter dieser Vergrösserung konnten natürlich nur österreichische Lande, d. h. der Breisgau und die Ortenau, gemeint sein; Thiard

1) P. C. V, 304. Précis Edelsheims, 31. VIII. 1805.
2) P. C. V, 320. Précis Reitzensteins, September 1805.
3) P. C. V, 315.

scheint auch direkt auf sie verwiesen zu haben [1]. Wenigstens das setzte man noch durch, dass der Vertrag erst in Kraft treten sollte, wenn die französischen Armeen imstande seien, Baden vor den Oesterreichern zu schützen.

Der rasche Anschluss Badens versöhnte die französische Regierung wieder etwas. Allerdings musste das Land trotz der ausdrücklichen Befehle Napoleons, es so viel wie möglich zu schonen [2], unter dem Durchmarsch der französischen Heere ausserordentlich leiden. Aber die Absichten Talleyrands gegen den Kurstaat waren wieder sehr günstig; in seinem Plan vom 17. Oktober 1805 [3] hatte er ihm den ganzen Breisgau, die Ortenau, die Stadt Konstanz [4] und Lindau bestimmt. Dies wäre schon sehr vorteilhaft gewesen, allerdings die Wünsche der badischen Staatsmänner gingen noch viel weiter. In mehreren ausführlichen Denkschriften Reitzensteins und Dalbergs aus dem November 1805, die teilweise auch dem französischen Ministerium vorgelegt wurden, sind sie uns erhalten. Dalberg sieht drei Möglichkeiten: im Falle des vollständigen Sieges Frankreichs erhofft er jetzt den erheblichsten Gewinn. Diesen wünscht er sich in einer Erweiterung nach Norden und Nordosten zu: Hessen-Darmstadt, Leiningen, Löwenstein-Wertheim, die Grafschaft Salm und die nordwestlichen Teile Württembergs nimmt er in Aussicht, dafür will er auf den Seekreis und das obere Fürstentum verzichten [5]. Durch die Hineinrückung Badens in das Innere Deutschlands und die Verkürzung der Rheingrenze hofft er die französische Bevormundung etwas abschwächen zu können. Im zweiten Fall, dass Napoleon zwar noch Sieger bliebe, dass aber die Lage sich weniger günstig als augenblicklich für ihn gestalten sollte (die Denkschrift stammt schon aus der Zeit nach der Ulmer Kapitulation), müsse man mit geringerem Gewinn vorlieb nehmen; immerhin denkt er noch an den Breisgau und die Ortenau. Bei einer Niederlage Frankreichs schliesslich müsse man eben auf jede Vergrösserung verzichten. Territorialen Ge-

1) P. C. V. 416, Reitzenstein an Talleyrand, 20. XII. 1805.

2) Corresp. de Nap. Bd. XI, an Murat, 18. und 21. IX. 1805.

3) Bertrand, a. a. O. S. 150 ff. Nr. 111.

4) Die Stadt gehörte nicht zu der Diözese und war daher nicht mit ihr 1803 an Baden gefallen.

5) P. C. V, 380.

winn, die Anerkennung der Successionsfähigkeit der Kinder Karl Friedrichs aus seiner morganatischen Ehe mit der Gräfin Hochberg und die Uebernahme eines Teiles der Schulden der Pfalz durch Bayern sollen nach Dalberg Gegenstand der Verhandlungen sein [1]. Auf ganz anderer Grundlage stehen Reitzensteins Entwürfe [2]. Als einzig sichere Friedensbasis bezeichnet er die gänzliche Verdrängung Oesterreichs aus Deutschland. Tirol, Venedig, Brixen, Trient und seine schwäbischen Vorlande soll es abtreten, dafür auf dem Balkan entschädigt werden [3]. Deutschland soll nur noch aus den Mittelstaaten bestehen, auch Preussen aus dem Reichsverband entlassen werden. Der neue Staat, in dem alle Kleinen mediatisiert sind, wird dann der treueste Verbündete Frankreichs sein. Ganz Süddeutschland wird an Bayern, Württemberg und Baden verteilt, Bayern als unmittelbare Barrière gegen Oesterreich am meisten verstärkt. Durch zwei Linien von Norden nach Süden werden die Lande südlich vom Main in drei Anteile zerlegt, die Demarkation zwischen Baden und Württemberg sollte in der Richtung des Kammes des Schwarzwaldes verlaufen, wodurch Baden den Seekreis verloren, dafür im Norden und durch den Breisgau einen ausserordentlichen Gewinn gemacht hätte. Reitzenstein schreckte die Aussicht nicht, mit einer so lang sich hinstreckenden Rheingrenze an Frankreich zu stossen und so noch abhängiger zu werden. Die Gründe, die Dalberg bewogen hatten, auf den Breisgau zu verzichten, fielen daher für ihn weg. Dalbergs Pläne suchten eine grössere Selbständigkeit, die Reitzensteins eine grössere materielle Macht zu erzielen. Das Erstere mochte vom Reichsstandpunkte aus patriotischer sein, das Letztere war sicher praktischer. Ein zweiter Entwurf [4], dessen Ausführung Reitzenstein selbst für wahrscheinlicher hielt, gab an Baden sogar Vorarlberg, Konstanz und die österreichischen Lande zwischen dem Bodensee, Iller, Donau und Wutach, wogegen die württembergischen Besitzungen und einige Gebiete nördlich des Neckars, die bei Verwirklichung des ersten Plans an Baden gekommen wären, wegfielen.

---

1) P. C. V, 381.
2) P. C. V, 386, 388, 389. 390.
3) Ganz ähnliche Gedanken hatte auch Talleyrand in der oben erwähnten Denkschrift vom 17. Oktober 1805 geäussert.
4) P. C. V, 390.

Man sieht, welch' hochgespannte Hoffnungen in Karlsruhe auf das Ergebnis dieses Krieges gesetzt wurden. Wäre es nach Talleyrands Entwürfen gegangen, so wären diese Erwartungen auch bestätigt worden; das zeigen uns die ausserordentlich freigebigen Projekte, die Talleyrand in derselben Zeit aufsetzte [1]. In ihnen ist ebenso wie in dem eben erwähnten Plane Reitzensteins das Prinzip des Rheinbundes schon klar ausgesprochen: die 3 Kurstaaten sollten selbständige, vom Reich getrennte Königreiche werden, untereinander und mit Frankreich durch ewige Allianz verbunden. Den einzelnen waren sehr starke Vergrösserungen zugedacht, so sollte Baden das Herzogtum Berg, das Bayern abtreten sollte, den Breisgau, die Ortenau, Bonndorf, Konstanz und die Mainau erhalten. Das wäre eine Verstärkung gewesen, die ungefähr den höchsten Anforderungen Reitzensteins entsprochen hätte. Wie kam es nun, dass der Friede nur den allerkleinsten Teil davon verwirklichte? Der Sieg Napoleons war vollständig genug, um jede Verschiebung, die er wünschte, zu ermöglichen. Austerlitz gab ihm die Macht, auch das letzte seiner Ziele in Deutschland durchzusetzen. Und doch war der Pressburger Friede eine nur sehr ungenügende Lösung. Jetzt hätte sich schneller und einfacher erreichen lassen, was erst im Abschluss der Rheinbundsakte nach langwierigen Verhandlungen verwirklicht wurde, aber Napoleon verzichtete darauf. Was ihn dazu bewogen hat, darüber besitzen wir keine Andeutung, nur Vermutungen können wir aufstellen. Der Gedanke einer weitergreifenden Umwälzung ist von der französischen Regierung stark erwogen worden, das beweisen die angeführten Entwürfe Talleyrands und die Aeusserungen Napoleons in München [2]), er wünsche in Süddeutschland nur die drei Kurstaaten. In der ersten Hälfte des Dezembers sind dann diese Absichten fallen gelassen worden. Der Kaiser entschloss sich, auf umfassendere Mediatisierungen zu verzichten, nur die vorderösterreichischen Besitzungen aufzuteilen. Er fürchtete vielleicht, dass Bayern, Württemberg und Baden vereinigt und im Besitz ganz Süddeutschlands eine zu grosse Macht darstellen und sich so eher vom französischen Einfluss emanzipieren könnten, während die

1) P. C. V, 393. 394. 26. XI. 1806.
2) Bitterauf a. a. O. S. 202.

Einigkeit unter einer grossen Anzahl minder mächtiger Staaten weniger leicht zu erzielen war. In dieser Zeit hatte Frankreich noch keine Machtsphäre in Norddeutschland. Bei einer Auflösung des Reichs hätte also Preussen ganz freie Hand nördlich des Mains gehabt. Demnach wäre Norddeutschland in einer Hand, Süddeutschland nur unter wenigen engverbündeten Staaten verteilt gewesen; das hätte eine Machtansammlung bedeutet, welche der des bisherigen Reichs weit überlegen gewesen wäre und Frankreich doch vielleicht hätte unbequem werden können. Napoleon gab also zunächst seinen Plan auf, aber allen diesen Kleinen, deren Existenz er noch eine Zeitlang duldete, ebenfalls die Souveränität zu bewilligen, scheute er sich doch. So blieb im Pressburger Frieden das Reich formell noch bestehen. Nur die Kleinsten der Kleinen, die Reichsritter, verloren ihr Dasein, allerdings nur durch Gewaltakt, eine Rechtfertigung seitens des Reichs gab den Mittelstaaten auch der Pressburger Friede nicht an die Hand. 1803 hatten doch die Mediatisierungen und Säkularisationen wenigstens formal eine Deckung durch den Reichstag erhalten, die Existenz der Reichsritter dagegen fand einfach durch militärische Besetzung ihrer Gebiete seitens der Mächtigeren ihr Ende.

Es war ein Unglück für Baden, dass Talleyrand nicht die ausschlaggebende Persönlichkeit war; Napoleon selbst übernahm es, die Höhe der Gewinne, die an jeden der Staaten fallen sollten, zu bestimmen, und dadurch wurden die günstigen Aussichten für Baden stark vermindert. Wir sahen schon früher, wie nur er 1802 nicht seine Zustimmung erteilt hat, dass der Breisgau an Baden falle, wie dann das Verhältnis immer schlechter wurde; jetzt standen die beiden andern süddeutschen Staaten bei ihm in sehr viel höherer Gunst. Bayern wollte er durch die Heirat seines Stiefsohns Engène Beauharnais mit der Tochter des Kurfürsten Auguste seinem Hause verbinden, eine Absicht, die den Plänen des bayrischen und des badischen Kurfürsten stark widersprach. Denn zwischen beiden war schon lange die Heirat des badischen Thronfolgers mit Prinzessin Auguste abgemacht. Karl Friedrich und vor allem die Mutter des Thronfolgers, die Markgräfin Amalie, das Haupt der österreichischen Partei am Karlsruher Hof, die auch bei jeder Gelegenheit ihre Abneigung gegen Frankreich deutlich zeigte, sträubte sich heftig gegen einen Verzicht auf

diesen Plan [1]), auch Max Joseph, seine Gemahlin und die Prinzessin selbst wollten durchaus an der eingegangenen Verpflichtung festhalten. Aber dem Machtgebot Napoleons, der sogar mit Depossedierung des Kurfürsten drohte, musste Max Josef sich schliesslich fügen. Badens Wiederstand trug nur noch dazu bei, dass Napoleons Gesinnung immer weniger freundlich wurde. Ein weiterer Grund für die geringe Begünstigung Badens ist der Umstand, dass der Erbprinz auf die dringenden Bitten seiner Mutter hin sich geweigert hatte, Napoleon auf seinem Siegeszug zu begleiten, was der Kaiser sehr übel genommen hat [2]). Aber stärker als diese persönlichen Verstimmungen wirkte es zu Badens Ungunsten, dass, während Bayern und Württemberg schon seit Mitte November einen Abgesandten im französischen Hauptquartier hatten, der über die zu erzielenden Bedingungen verhandelte, Baden nur durch den seinem Hilfskorps beigegebenen Kriegskommissar, den Geheimen Referendar Oebl, vertreten war, der zu diplomatischen Schritten in keiner Weise Vollmacht hatte. Dies war eine unbegreifliche Nachlässigkeit von sehr schwerwiegenden Folgen. Der Geheime Rat kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden, er hatte in der auswärtigen Politik gar keinen Einfluss mehr [3]). Reitzenstein schiebt die ganze Schuld auf das Ministerium [4]), aber man muss wohl Obser zustimmen, wenn er einen Teil der Schuld auch auf Reitzenstein lädt. Umsomehr, als anscheinend Karl Friedrich schon Mitte November ihn zu Verhandlungen mit Frankreich beauftragt hat; ein Brief Reitzensteins an Karl Friedrich vom 19. November [5]) spricht von Aufträgen des Kurfürsten, die Reitzenstein die Verpflichtung mit sich zu bringen scheinen, auch seine Ideen über eine Vergrösserung Badens zu äussern. Am Schlusse derselben Depesche bittet er um Zuweisung eines Assistenten für die Finanz-

---

1) Thiard war eigentlich in der Absicht nach Karlsruhe gesendet worden, Karl Friedrich zum Verzicht auf den Heiratsplan zu bewegen. Vergl. P. P. C. V, 288 und Thiard, Souvenirs, S. 86 ff. Instruktion Thiards.

2) P. C. V, 420. Reitzenstein an Karl Friedrich, Wien, 23. XII. 1805, 408, Schall an Cobenzl, 14. X. 1805.

3) Vergl. P. C. V, 429, Bedenken des Geheimen Rat Meier zu dem Brünner Vertrag, wobei Meier jede Verantwortlichkeit ablehnt.

4) P. C. V, 423, Reitzenstein an Karl Friedrich, Wien, 27. XII. 1805.

5) P. C. V, 387.

angelegenheiten bei seinen Verhandlungen. Daraus geht also hervor, dass schon Mitte November Reitzenstein beauftragt worden war, in Verhandlungen zu treten [1]). Dass auch einige Zeit vor seiner Absendung schon davon die Rede war, dass er der Bevollmächtigte sein würde, beweist eine Mitteilung Edelsheims an Oehl vom 27. November [2]) und die Beschwerde Dalbergs vom 1. Dezember [3]), der sich durch die Zurücksetzung gekränkt fühlte.

Reitzenstein selbst hatte aber nicht für nötig gefunden, jetzt schon einen Unterhändler in das französische Hauptquartier zu senden. Er glaubte damals an einen Beitritt Preussens zur Koalition, dadurch wäre der Krieg noch sehr in die Länge gezogen worden, somit ein Unterhändler zwecklos gewesen [4]). Wie völlig falsch auch diese letztere Meinung war, beweisen die Erfolge des bayrischen und württembergischen Abgesandten, die schon zu Zeiten, wo der Friede noch in weiter Ferne schien, energische Schritte taten und sich dadurch den grössten Gewinn sicherten. Aber mit Reitzensteins Denkschrift hatte die österreichische Partei am Karlsruher Hof eine starke Handhabe, seine Absendung zunächst zu verhindern, demnach ist also auch er nicht ganz freizusprechen. Die Hauptschuld liegt sicher an der Unentschlossenheit, die durch die wachsende Kränklichkeit Karl Friedrichs veranlasst war. Von Prinz Ludwig auf der einen, von der Markgräfin auf der andern Seite bestürmt, hat er erst Anfang Dezember Reitzenstein abgeschickt. Der Kurfürst hatte schliesslich selbst die Notwendigkeit der Sendung eines Bevollmächtigten schon während des Kriegs eingesehen, denn sein Entschluss erfolgte noch bevor die Schlacht von Austerlitz geschlagen war, also bereits zu einer Zeit, wo der Friede noch sehr unwahrscheinlich war. Aber es war schon zu spät, Bayern und Württemberg hatten die Zwischenzeit benutzt, um sich den Löwenanteil zu sichern, der bayerische Vertreter Gravenreuth hauptsächlich

1) Die Verhandlungen, von denen Reitzenstein spricht, sollen nicht etwa mit Massias stattfinden, wie der Wortlaut anzudeuten scheint. Massias soll nur als Vermittler gewonnen werden, die eigentlichen Unterhandlungen mussten mit dem französischen Ministerium, nicht mit ihm geführt werden.

2) P. C. V, Seite 390, Anmerkung 3.

3) P. C. V. 396.

4) P. C. V. 386. Denkschrift Reitzensteins, November 1805.

durch die Gunst Napoleons selbst, der württembergische, Normann durch die des Ministeriums, das durch starke Geldgeschenke und durch die guten Beziehungen des württembergischen Erbprinzen zu Talleyrand gewonnen worden war. Vor allem der Chef des Bureaus der auswärtigen Angelegenheiten, Labesnardière, der mit der schliesslichen Ausarbeitung des Vertrags betraut war, stand in Württembergs Sold und wirkte ganz in dessen Interesse [1]). Für dies sprach auch Napoleons Absicht, mit Russland wieder anzuknüpfen. Erfahrungsgemäss hatte die Kaiserin-Witwe, eine württembergische Prinzessin, sehr viel grösseren Einfluss auf ihren Sohn als dessen Gemahlin, die Enkelin Karl Friedrichs, die sich nur wenig an der Politik beteiligte. Immerhin bewog jedoch die Rücksicht auf Russland die französische Regierung, Baden nicht ganz zu vernachlässigen.

Nach Austerlitz und nachdem die Entscheidung über den Umfang der in Deutschland vorzunehmenden Veränderung gefallen war, drängte die französische Regierung zu raschem Abschluss. Bayern konnte auch leichten Herzens darauf eingehen, da ihm fast alle Wünsche bewilligt waren. Eine Zeitlang hatte Napoleon daran gedacht, Bayern die sämtlichen österreichischen Vorlande zu bewilligen, auch der Breisgau und die Ortenau sollten an das neue Königreich fallen [2]). Davon war man dann durch die Rücksicht auf die beiden andern Kurstaaten wieder abgekommen. Aber Bayerns Gewinn blieb doch noch weitaus der grösste, die württembergischen Ansprüche wurden durch ihn stark beschränkt. Dies holte Normann mit Hilfe Labesnardières auf die Weise wieder ein, dass er von dem ursprünglich Baden bestimmten Los noch Abzüge durchsetzte. Da kein badischer Bevollmächtigter da war, konnte dies auch ohne Widerspruch geschehen. Bayern und Württemberg, die beide zu souveränen Königreichen erhoben wurden, schlossen daher am 10. und 11. Dezember in Brünn ab. Der Gedanke der Erhebung zum König-

1) Demnach scheint das ausserordentlich günstige Urteil das Bitteraut Seite 338 und Bertrand Seite VII über Labesnardières Unbestechlichkeit fällen, doch nicht ganz zuzutreffen. Denn auch von Baden hat er später grosse Summen erhalten und gern genommen. Oehl nennt ihn wegen seiner völlig württembergfreundlichen Haltung „ce coquin“ (P. C. V, 412, Oehl an Karl Friedrich, Wien, 18. Dezember 1805).

2) Corresp. de Nap., Bd. XI, Nr. 9532, an Talleyrand am 30. XI. 1805.

reich, ebenso wie der der Verleihung der Souveränität war ganz von Frankreich ausgegangen, der Kurfürst von Württemberg war dadurch aufs höchste überrascht [1]). Tatsächlich wurden ja die süddeutschen Staaten auf diese Weise vom Reich losgelöst, formell blieb das schwache Band noch bestehen, das sie daran knüpfte.

Die Souveränität wurde zwar auch Baden bewilligt, aber der Königstitel blieb ihm vorenthalten. Der Geheime Referendar Oehl war von Talleyrand gezwungen worden, obgleich er weder zu diplomatischen Verhandlungen beauftragt war, noch irgend eine Vollmacht besass, am 12. Dezember in Brünn ebenfalls abzuschliessen [2]), zur grössten Bestürzung Karl Friedrichs und der Karlsruher Regierung. Gemäss den Erfahrungen aber, die man 1796/97 mit Verweigerung der Ratifikation gemacht hatte, war Karl Friedrich bereit, diesen Vertrag zu ratifizieren, wenn Abänderungsverhandlungen und eine Zusatzkonvention versprochen würden [3]). Am 17. Dezember endlich kam Reitzenstein in Wien an, auf ihm beruhte jetzt Badens ganze Hoffnung. Aber nicht nur konnte er keine günstigeren Bedingungen durchsetzen, eine neue Verpflichtung, die Abtretung Kehls, musste er noch auf sich nehmen. Damit war eine Forderung Frankreichs verwirklicht, die Baden schon 1796 hatte bewilligen müssen, die dann durch Rastatt und Lunéville wieder beseitigt worden war. Jetzt war der Erfolg entscheidend genug gewesen, um jeden Widerstand zu vernichten. Reitzenstein musste darauf eingehen, aber er tat alles, was in seinen Kräften stand, um eine Aufbesserung dafür zu erringen. Durch reichliche Geldmittel gewann er auch Labesnardières Gunst, aber selbst die französische Regierung konnte nichts mehr abändern, man wollte eben nicht über eine Verteilung der österreichischen Vorlande hinausgehen, und dann blieben nur noch die Bayern und Württemberg nicht schon versprochenen Stücke übrig. Durch den Artikel des Vertrags mit Württemberg, der einen Teil des Breisgaus, welcher durch eine Linie vom Schlegelberg bis zum Mohlbach abgegrenzt wurde, und die Städte Villingen und Breunlingen an Württemberg gab, war Badens Interesse ganz besonders schwer getroffen. Dadurch wurde nämlich der für die Staatskasse einträglichste

1) Schneider, a. a. O., S. 404.
2) P. C. V, 407, Wien, 14. XII. 1805.
3) P. C. V, 413, Karl Friedrich an Reitzenstein, 19. XII. 1805.

Teil des Landes abgerissen, der Rest war zum grössten Teil im Besitz von Stiftern und Rittern. Durch die Abtretung des Fricktals an die Schweiz 1802 war der Breisgau schon wesentlich geschwächt worden, diese neue Teilung verminderte daher seinen Wert noch ausserordentlich. Reitzenstein tat denn auch alles, um diese Bestimmung wieder rückgängig zu machen. Er suchte nachzuweisen, dass das abgetrennte Stück gar keine württembergische Enklave sei, dass im Gegenteil dadurch ein Teil des badischen Prechtales von württembergischem Gebiet eingeschlossen werde [1]). Zum mindesten suchte er eine Entschädigung dafür herauszuschlagen, aber Nellenburg und Bonndorf [2]), die er forderte, waren ebenfalls schon Württemberg versprochen, es blieb für Baden nichts mehr übrig. Alle Auseinandersetzungen, dass der Breisgau in dieser Gestalt nur eine Last für die Finanzverwaltung, kein Gewinn sei, dass die Machtentwicklung Badens völlig aufgehalten werde, wenn württembergisches Gebiet zwischen Teilen seines Territoriums läge, scheiterten an der Drohung Talleyrands, so wie der Breisgau sei, finde er genug Liebhaber, falls Baden sich weigern sollte ihn anzunehmen [3]). Auch alle übrigen Forderungen Karl Friedrichs: eine genauere Bestimmung über den Umfang der Souveränität, wie weit sie die Loslösung vom Reich enthalte, die Uebernahme eines Teils der pfälzischen Schulden durch Bayern, die Gewinnung der breisgauischen Klöster und Heitersheims, die Anerkennung der badischen Führung der Bruchsaler und Ettenheimer Komitialstimmen, vor allem die Zustimmung zur Successionsfähigkeit der Kinder der Gräfin Hochberg konnte Reitzenstein nicht durchsetzen. Denn es kam gar nicht mehr zu eingehenden Verhandlungen, eine einzige Besprechung hatte er am 20. Dezember mit Talleyrand. Dabei konnte er seine Wünsche zwar mündlich äussern, wegen der breisgauischen Klöster, wegen Heitersheim und der beiden Komitialstimmen wurden ihm auch günstige Versprechungen gemacht, aber eine Abänderung des Vertrags konnte er nicht er-

1) P. C. V, 415, Reitzenstein an Talleyrand, 20. XII. 1805.

2) Der Verlust Bonndorfs war besonders empfindlich. Dadurch war wieder die Verbindung des Breisgaus mit dem Seekreis unterbrochen. Vgl. P. C. V, 412, Oehl an Karl Friedrich, 17. XII. 1805: „Bonndorf war doch die Perle".

3) P. C. V, 417, Reitzenstein an Karl Friedrich, 22. XII. 1805.

zielen, vor allem musste er noch in die Abtretung Kehls einwilligen. Diese Forderung ging ganz auf Napoleons eigene Initiative zurück. Talleyrand hatte sie für bedenklich gehalten, weil dazu auch Verhandlungen mit dem Reichstag und mit Oesterreich nötig waren [1]. Aber die Strassburger Festung musste ausserordentlich an Stärke gewinnen, wenn sie auch auf dem rechten Rheinufer über Befestigungen verfügte, daher legte Napoleon so viel Wert auf diese Forderung, dass er erklärte, ohne ihre Bewilligung nicht ratifizieren zu wollen. Auf Talleyrands Rat hin [2]) wurde sie dann wenigstens nur in einen geheimen Zusatzvertrag aufgenommen.

Noch in derselben Unterredung, in der dies besprochen wurde, sah sich Reitzenstein von Talleyrand genötigt, zu unterzeichnen. Es blieb ihm gegenüber dem Drangen des Ministers nichts anderes übrig. Der Wiener Vertrag vom 20. Dezember 1805 [3]) übergab demnach an Baden den Breisgau mit Ausnahme des Teils, der eine württembergische Enklave bildete und östlich einer Linie vom Schlegelberg bis zum Mohlbach lag, und der beiden Städte Villingen und Breunlingen, die an Württemberg fielen, dazu die Ortenau, die Stadt Konstanz und die Mainau. Für diese und für seine alten Lande erhielt Baden dieselbe Souveränität, die Oesterreich und Preussen über ihre deutschen Staaten besassen. Mit diesem territorialen Gewinn, der dann im Pressburger Frieden am 26. Dezember auch von Oesterreich anerkannt wurde [4]), war Reitzenstein gar nicht so unzufrieden. Da Frankreich sich auf die Verteilung der vorderösterreichischen Lande beschränkte, hatte man, meint er, im Verhältnis zu den anderen Staaten, auch wenn man vier Wochen früher die Verhandlungen eröffnet hätte, höchstens noch den abgetrennten Teil des Breisgaus retten können [5]). Unangenehm dagegen waren die übrigen Artikel des Vertrages: die Abtretung sämtlicher Rheininseln, der Abschluss einer Allianz für alle Kriege, nicht

1) P. C. V, 409, Talleyrand an Maret, 16. XII. 1805.

2) Bertrand, a. a. O. Nr. 145, Talleyrand an Napoleon, 17. XII. 1805.

3) P. C. V, 144.

4) Artikel VIII des Friedensvertrages.

5) P. C. V, 417, Reitzenstein an Karl Friedrich, Wien, 22. XII. 1805.

nur eines Defensivbündnisses, dann vor allem die geheimen Artikel: die Abtretung Kehls und der Verzicht auf Rückvergütung der an die französische Armee geleisteten Lieferungen.

Fürs erste waren alle Hoffnungen vergeblich, noch etwas an dem Vertrage abändern zu können. Wie Freiherr von Schall, der österreichische Gesandte in Karlsruhe, der beim Ausbruch des Krieges auf Befehl Napoleons Karlsruhe hatte verlassen müssen und sich nach Frankfurt begeben hatte, berichtet [1]), war die Stimmung am Karlsruher Hof eher traurig als freudig, als man die Friedensbestimmungen erfuhr, im Gegensatze zu München und Stuttgart. Aber die Aussichten, in absehbarer Zeit mehr erreichen zu können, waren an sich günstig, da Karl Friedrich sich dem Willen Napoleons gefügt hatte und trotz des leidenschaftlichen Widerspruchs der Markgräfin seine Einwilligung zur Heirat des Kurprinzen mit Stephanie Beauharnais, die von Napoleon adoptiert worden war, gegeben hatte. Dies Verwandtschaftsverhältnis musste für die in naher Aussicht stehenden neuen Verhandlungen über eine definitive Regelung der deutschen Angelegenheiten von grösstem Wert sein, es konnte die feste Absicht der badischen Staatsmänner, das verlorene Terrain wieder einzuholen, nur unterstützen.

1) Bericht an Cobenzl vom 7. I. 1806 (Wiener H.-, H.- u. St.-Archiv).



Lebenslauf.

Am 31 August 1886 wurde ich in Strassburg i. E. als Sohn des Universitätsprofessors Wilhelm Windelband geboren Ich absolvierte das dortige protestantische Gymnasium und bestand Ostern 1903 die Reifeprüfung An den Universitäten Heidelberg (3 Semester), Berlin (1 Semester), wieder Heidelberg (1 Semester), Strassburg (1 Semester), Freiburg (1 Semester) und Heidelberg (2 Semester) studierte ich Geschichte, in Heidelberg bestand ich am 4 Juli 1907 das Rigorosum Während dieser Studienzeit hörte ich folgende Herren Professoren in Heidelberg: Braune, Dieterich, v. Domaszewski, K. Fischer, Hampe, Jellinek, Marcks, Neumann, Scholl, Vossler, Windelband In Berlin Hintze, Ed Meyer, D Schäfer, Schmoller In Strassburg Bresslau, Knapp, Meinecke, Wiegand In Freiburg v. Below, Meinecke

Allen diesen Herren bin ich zu grösstem Danke verpflichtet Vor allem danke ich Herrn Geh Hofrat Marcks für die reiche Anregung und Belehrung, die er mir im Verlauf meiner Studien und während der Arbeit an der vorliegenden Dissertation hat zu Teil werden lassen

